Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 207 — Jahrgang 214

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 1.56, vierteljährlich Mk. 22.56 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 10. Mai

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Wirren in der Kabinettsbildung

Fehrenbach soll der Entente den Beschluß des Reichstages über das Ultimatum mitteilen — Die Kabinettsbildung verschoben

Drunter und drüber

Im Reichstag herrschte heute vormittag noch immer das Chaos. Die Meinungen waren noch völlig ungeklärt. In der Deutschen Volkspartei hat sich eine **starke Mehrheit gegen die Annahme des Ultimatums ausgesprochen** und auch die Demokraten beschlossen heute **mit 16 gegen 15 Stimmen**, also mit einer Stimmenmehrheit, **das Ultimatum abzulehnen. Im Zentrum** ist die Stimmung zurzeit jedoch noch ziemlich einheitlich für die Annahme des Ultimatums, die Mehrheitssozialdemokraten, wie auch die Unabhängigen sind geschlossen für Annahme der Ententebedingungen. Somit ist es augenblicklich noch nicht möglich, irgend etwas über die endgültige Entscheidung des Reichstages zu sagen.

Die Fraktionen sind fast alle heute vormittag erneut zu Sitzungen zusammengetreten, auch diejenigen, die gestern bereits Beschlüsse gefaßt haben, um nochmals die Reparationsfrage durchzusprechen. Der Kampf der Meinungen geht so ungestüm wie gestern und wird in erregtester Weise geführt. Auch in den Wandelgängen herrscht regster Lärm. Ueberall sieht man Gruppen von Abgeordneten die Lage erörtern.

Der Aeltestenrat wird um 2 Uhr zusammentreten, um festzusetzen, wann heute die Vollsitzung stattfinden soll, denn **heute muß die Entscheidung fallen. Im Laufe des Abends muß die Antwort an die Entente abgehen.**

Reichspräsident Ebert hat heute vormittag nach 9 Uhr den Vorsitzenden der demokratischen Partei, den früheren Reichsschatzminister Dr. Schiffer, empfangen und die Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Wels und Hermann Müller. Die Nachrichten, daß der Reichspräsident Ebert den Reichstagspräsidenten Loebe mit der Kabinettsbildung beauftragt habe, ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß der Reichspräsident sich bemüht, ein Kabinett aus Mitgliedern derjenigen Parteien zu bilden, die schon jetzt unbedingt für Annahme des Ultimatums eintreten. Das sind Zentrum und Sozialdemokraten. Doch ist es nicht ausgeschlossen, daß auch die Demokraten sich an der Kabinettsbildung beteiligen.

Um 11 Uhr vormittags ist die Lage im Reichstag folgende: Abgeordneter Schiffer von den Demokraten, die Abgeordneten Müller und Wels von den Sozialdemokraten und Abgeordneter Trimborn-Zentrum sind zurzeit beim Reichspräsidenten, um mit ihm zu einem Schluß über die Lösung der Krise zu kommen. Die allgemeine Meinung in parlamentarischen Kreisen geht dahin, daß das **Plenum des Reichstages eine Abstimmung vornehme** und daß das gegenwärtige **Kabinett Fehrenbach, das als Geschäftsministerium noch im Amte ist, auch noch das Geschäft durchzuführen hat, den heutigen Beschluß des Reichstages der Entente zu übermitteln.** Das Kabinett wird der Entente lediglich mitzuteilen **haben, ob der** Reichstag das Ultimatum annimmt **oder ablehnt. Die weitere** Gestaltung der Politik könnte dann mit größerer Ruhe vollzogen werden. Es ist anzunehmen, daß dann die **alte Koalition** sich wieder zusammenfindet.

Die Nachtberatungen

Die **Deutschnationale Volkspartei** hält einmütig an der entschiedenen **Ablehnung** des feindlichen Ultimatums fest.

Die **Deutsche Volkspartei** trat gestern abend von neuem zu einer Fraktionssitzung zusammen, deren Beratung sich bis in die späten Nachtstunden hinzog.

An der Sitzung nahm als Gast auch der General v. Seeckt teil, um der Fraktion einen informatorischen Vortrag über die militärischen Punkte des Ultimatums zu halten. Er vertrat den Standpunkt, daß man an der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren und der Festungen eine Verständigung mit der Entente nicht scheitern lassen dürfe, da eine Besetzung des Ruhrgebiets ohnehin unserer Wehrmacht alle technische Voraussetzung nehmen würde. Die Stellungnahme des volksparteilichen Reichsschatzministers v. Raumer für die Annahme des Ultimatums, die zuerst nicht wenig überraschte, dürfte letzten Endes darauf zurückzuführen sein, daß führende Großindustrielle sich für die Möglichkeit einer Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen, wenigstens vorläufig, ausgesprochen haben.

In der Deutschen Volkspartei hat sich nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ein gewisser Stimmungswechsel vollzogen. Dr. Stresemann, der für die Annahme der Ententeforderungen plädiert hatte, ist ziemlich isoliert. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion neigt einer Ablehnung zu. Von Bedeutung ist dabei die von der Entente geforderte Entwaffnung der Festungen angesichts der militärischen Drohungen Polens. Infolgedessen spricht man davon, daß nunmehr die Sozialdemokratie in die Regierung eintreten und die Deutsche Volkspartei aus der Kabinett ausscheiden wird. Die Sozialdemokraten erklären privatim, daß sie eher in die Wüstenei gehen würden, ehe sie es zuließen, daß die Franzosen in das Ruhrgebiet einmarschierten. Als Reichskanzler solle der Reichstagspräsident Loebe für diesen Fall von der Sozialdemokratie dem Reichspräsidenten in Vorschlag gebracht werden.

Die weitere Aussprache der Deutschen Volkspartei ließ immer deutlicher erkennen, daß die große Mehrheit der Fraktion sich gegen die Annahme des Ultimatums ausspricht. Nach ungefährer Schätzung dürften 59 für Ablehnung und nur 6, darunter Stresemann, für die Annahme sein.

Die **Deutschdemokratische Fraktion** hat gleichfalls eine neue Besprechung des Ultimatums abgehalten. Die Meinungen waren geteilt. Wie verlautet, will man eine Annahme des Ultimatums nur dann empfehlen, wenn die Deutsche Volkspartei sich zu der gleichen Haltung entschließen sollte.

Vom **Zentrum** verlautet dasselbe, doch sollen in der Zentrumsfraktion die Befürworter der Annahme des Ultimatums in der großen Mehrheit sein.

Die **Unabhängigen** verlangen gleichfalls die Annahme der feindlichen Forderungen in einer Erklärung, die die Schuld an dem deutschen Unglück in der üblichen unwahrhaften Weise auf das Bürgertum abzuwälzen sucht und das deutsche Volk auf den Sieg des internationalen Gedankens vertröstet.

Bayern lehnt ab

b. **München**, 10. Mai.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. von Kahr ist am Montag vormittag von den Berliner Besprechungen wieder in München eingetroffen. Er weilte nachmittags kurze Zeit im Landtag. Um 5 Uhr fand ein Ministerrat statt, in der der Ministerpräsident über die Berliner Verhandlungen berichtete. Die Haltung der bayerischen Regierung dem Ultimatum der Entente gegenüber ist ein entschiedenes „Nein". Dieses „Nein" hat der bayerische Ministerpräsident auch bei seinen Besprechungen in Berlin zum Ausdruck gebracht, wobei allerdings nicht gesagt sein soll, daß die neue Reichsregierung den Standpunkt Bayerns teilen soll. Wenn da und dort von einem Regierungswechsel in Bayern geschrieben worden ist, so ist das ein ausgelegter Unsinn. Solange die gegenwärtige Koalition im bayerischen Landtag besteht, ist ein Regierungswechsel in Bayern undenkbar. Regierung und Koalition haben ihren Standpunkt, der in der bekannten Note vom 8. Februar zum Ausdruck gelangt ist, bis heute noch nicht geändert.

Franzosen schießen auf Deutsche!

W. **Oppeln**, 10. Mai.

Gestern vormittag kam es in Oppeln zu einem bedauerlichen Vorfall. Ein von der Abstimmungspolizei festgenommener Pole wurde auf dem Transport von der erregten Menge vor dem Bahnhof in der Nähe von Forms Hotel erkannt und tätlich angegriffen. Als er eine französische Patrouille um Hilfe anrief und sich als Pole zu erkennen gab, machten die Franzosen ohne weiteres von ihrer Schußwaffe Gebrauch und feuerten in die Menge. Ein einarmiger Kriegsinvalide wurde getötet und drei Personen schwer verwundet. In der Stadt entstand wegen dieses Vorfalls eine neue Erregung. Gestern nachmittag erließen daraufhin die Vertreter der deutschen politischen Parteien in Oppeln folgende Bekanntmachung:

„Der bedauerliche Uebergriff französischer Soldaten vor Forms Hotel hat die politische Leitung der deutschen Bevölkerung veranlaßt, bei dem kommandierenden General von Oppeln sofort die Forderung zu erheben, daß den französischen Soldaten das Schießen verboten wird, so lange sie nicht mit der Waffe in der Hand angegriffen werden. Diese Forderung ist bewilligt worden. Die französischen Soldaten dürfen also jetzt nur schießen, wenn sie angegriffen werden. Die Bevölkerung Oppelns wird aufgefordert, die französischen Soldaten unbelästigt zu lassen, damit nicht wieder in den Straßen Oppelns deutsches Blut fließt. Ordner mit weißen Armbinden werden die deutsche Apo in der Aufrechterhaltung der Straßenordnung unterstützen, deren Anordnungen im allgemeinen Interesse Folge zu leisten ist."

Die Lage im Aufstandsgebiet muß nach den Mitteilungen, die bis zum 9. Mai abends vorliegen, nach wie vor als äußerst ernst angesehen werden. Die Erregung in den Industriestädten ist besonders groß unter den zahlreichen Flüchtlingen, die um das Schicksal ihrer zurückgelassenen Angehörigen und ihres zurückgebliebenen Eigentums sehr besorgt sind. In Laband und Hindenburg sind wiederum Verhaftungen zahlreicher deutschgesinnter Personen durch die Aufständischen erfolgt. Aus dem Kreise Tarnowitz wird die Beschlagnahme von Fahrrädern und großen Mengen Spiritus durch die Aufrührer gemeldet. Die Zwangsaushebungen dauern noch an, doch haben vielfach schon polnisch gesinnte Oberschlesier versucht, sich dieser Aushebung zu entziehen. In der Stadt Kattowitz wurde von polnischen Insurgenten ein Kraftwagen geraubt. In der Stadt Gleiwitz durchfahren bereits Kraftwagen mit polnischen Bewaffneten ungehindert die Straßen. Der Bahnhof Kandrzin ist bisher infolge der zähen Verteidigung durch italienische Truppen nicht besetzt worden. Dagegen fielen die Bahnhöfe in Leschnitz und Thule in die Hände der Aufständischen. Infolge der Besetzung des letztgenannten Bahnhofs durch die Polen ist der Verkehr auf der Strecke Kreuzburg—Oppeln unterbrochen.

Der Frankfurter Friede

1871 — 10. Mai — 1921.

Von Studienrat Rudolf Sellheim.

Am 10. Mai jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem durch Unterzeichnung des Friedensvertrages in Frankfurt der deutsch-französische Krieg seinen Abschluß fand. Es war ein ruhmvoller Kampf für Preußen-Deutschland gewesen; wie er in Frankreich den Sturz des Kaiserreiches mit sich gebracht hatte, so war durch die Kaiserproklamation zu Versailles am 18. Januar der Traum vieler, vieler Deutschen in Erfüllung gegangen: Die langersehnte Einigung der deutschen Stämme unter einem deutschen Kaiser war Wirklichkeit geworden.

Die Lage in der französischen Hauptstadt hatte sich seit Jahresanfang immer mehr zugespitzt. Da erschien am 23. Januar 1871 Jules Favre im deutschen Hauptquartier zu Versailles, um Verhandlungen aufzunehmen. Am 28. mußte die stolze, in maßlosem Selbstbewußtsein schwelgende Stadt durch die Konvention von Versailles kapitulieren, wenn man auch den Ausdruck „Kapitulation" vermieden hatte. Dieser Vertrag enthielt neben anderen den Abschluß eines zunächst dreiwöchentlichen Waffenstillstandes und für die Franzosen die Verpflichtung, während dieser Zeit nach Bordeaux eine Nationalversammlung einzuberufen. Aus ihr sollte dann eine französische Exekutivbehörde hervorgehen, ferner sollte sie im Namen von ganz Frankreich über Krieg und Frieden entscheiden. Unbeeinflußt von den Deutschen, konnte die Wahl überall, auch in den besetzten Gebieten, vor sich gehen, schon am 13. Februar trat die Versammlung zusammen. Sie wies eine starke konservative Mehrheit auf; und trotz Widerspruches mancher, besonders der lothringischen Abgeordneten entschied sie sich für Frieden. Der 74jährige Thiers trat an die Spitze der Republik; die Aufgaben seiner Politik drückte er gelegentlich folgendermaßen aus: „Frieden machen, Regierung reorganisieren, Kredit haben und Arbeit beleben." Am 21. Februar traf dieser, begleitet von Favre und Picard, in Versailles ein. Mit der Abtretung des deutschen Elsaß nebst Straßburg hatten sich die französischen Unterhändler im Innern bereits abgefunden. Bismarck forderte auch Belfort, ferner Deutsch-Lothringen mit Metz und 6 Milliarden. Durch geschickt geführte Verhandlungen, während deren Thiers auch eine Audienz bei Kaiser Wilhelm hatte, erreichte er Bismarcks Verzicht auf Belfort und 1 Milliarde. Dem deutschen Stadtsmanne hatte an einem schnellen Abschluß der Präliminarien gelegen, um die Einmischung fremder Mächte, wie sie England schon versuchte, zu verhindern. Auch in diesem Falle bewies der erste deutsche Kanzler seine weise Mäßigung, die Jules Favre selbst bezeugt, wenn er schreibt: „Sie (die Beschlüsse des Schicksals) waren grausam, hätten aber noch grausamer sein können. Wir hatten gefürchtet, ganz Lothringen zu verlieren, behielten aber den größeren Teil. Entgegen den bestbeglaubigten Berichten der auswärtigen Blätter hatte man uns mit keiner inneren Beschränkung unserer Heereszziffer, mit keiner Verminderung unserer Flotte bedroht. Wir waren sehr unglücklich, aber wir blieben noch mächtig." Es war das böse Gewissen, das aus solchen Worten sprach, die Erinnerung an Preußens Vergewaltigung durch Napoleon im Frieden von Tilsit. Nichts von alledem wurde verlangt, und doch glaubte Bismarck mehr erreicht zu haben, „als ich", so schreibt er an seine Gattin, „für meine persönliche politische Berechnung für nützlich halte". Am 26. Februar, einem Sonntag, ward der Vorfriede unterzeichnet, der dann den endgültigen Frieden zur Grundlage diente. In 10 (zehn) kurzen und klaren Artikeln wurde festgesetzt: Elsaß mit Straßburg, aber ohne Belfort, Deutsch-Lothringen mit Metz sollte an Deutschland zurückfallen, im Laufe der nächsten drei Jahre sollten 5 Milliarden Franks gezahlt werden. Außerdem wurde die Räumung und Verwaltung der besetzten Gebiete, die Verpflegung der deutschen Truppen, die Rückgabe der Gefangenen u. a. geregelt. Ueber den endgültigen Friedensschluß sollte in Konferenzen zu Brüssel verhandelt werden. So entgegenkommend sich Bismarck gezeigt hatte, in zwei Zusatzbestimmungen bestand er hartnäckig auf dem Einmarsch von 30 000 Mann deutscher Truppen und Besetzung eines Teiles von Paris bis zur Annahme dieses Vorfriedens durch die französische Nationalversammlung. Das geschah sehr bald; und so verließen am 3. März die deutschen Truppen Paris bereits wieder, in das sie am 1. erst eingezogen waren. Die weiteren Verhandlungen wurden tatsächlich am 28. März in Brüssel aufgenommen. Sie gestalteten sich äußerst langwierig. Handelte es sich doch um die genaue Festsetzung der Termine, an denen die Kriegsentschädigung gezahlt werden sollte, um die Frage, wann und wie die Räumung der besetzten Gebiete — entsprechend den erfolgten Zahlungen — vor sich zu gehen habe, um die genaue Abgrenzung und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192105102-17/fragment/page=0001

Uebergabe der abgetretenen Gebiete u. a. mehr. Hinzu kam, daß die Franzosen sich wohl absichtlich Zeit nahmen, sie wollten abwarten, wohl in der Hoffnung, es möchte für sie eine günstigere politische Konstellation eintreten. Schließlich trug auch der inzwischen in Paris ausgebrochene Aufstand kommunistischer Elemente zur Verzögerung der Verhandlungen bei. Gegenüber dieser Art und Weise, die Entscheidung teils gewollt und teils unbeabsichtigt hinauszuschieben, äußerte sich Bismarck im Reichstage gelegentlich recht deutlich; und um seinen Worten größeren Nachdruck zu verleihen, ließ er die Rücksendung der Gefangenen einstellen, deren die französische Regierung zur Unterdrückung der Aufständischen so dringend bedurfte. Nun kamen auf französischen Vorschlag hin die Unterhändler in einer deutschen Stadt zusammen. In Frankfurt, im „Schwan", wo Bismarck abgestiegen war, wurde nach Verhandlungen von nur wenigen Tagen am 10. Mai der endgültige Frieden abgeschlossen. Der Friedensvertrag umfaßte 16 Artikel und eine Zusatzkonvention und enthielt im allgemeinen die Bestimmungen des Versailler Vorfriedens, die wichtigsten Aenderungen betrafen die genaue Grenzfestsetzung. Der Austausch der Ratifikationsurkunden konnte, nachdem die Vereinbarung durch die Volksvertretung angenommen war, am 20. Mai ebenfalls in Frankfurt erfolgen.

Fassen wir kurz zusammen, was Bismarck im Frankfurter Frieden von Frankreich verlangt hatte, so sind es zwei Forderungen, die für ihn schon nach den ersten siegreichen Schlachten des August 1870 festgestanden hatten: erstens volle Erstattung der Kosten dieses mutwillig unternommenen Krieges durch die Franzosen und zweitens die Wiedernahme des Elsaß mit Straßburg und Lothringens mit Metz zum Schutz gegen künftige ähnliche Ueberfälle. Es waren nur zu berechtigte Forderungen, die manchem Deutschen nicht weit genug zu gehen schienen. Aber Bismarck zeigte auch hier die maßvolle Haltung, die wir so oft an ihm bewundern können. Ja, er hätte sich vielleicht mit weniger noch begnügt, wenn nicht die militärischen Sachverständigen und Notwendigkeiten dieses Mindestmaß verlangt hätten. Denn nur durch den Besitz der beiden Festungen Metz und Straßburg war der Schutz Süddeutschlands wirklich verbirgt. Auch verlangte die nationale Begeisterung die Wiedergewinnung der deutschen Städte im Elsaß, die man sich 1813 hatte entgehen lassen. Und hätte denn Preußen Milde erfahren im Falle, daß es unterlegen wäre? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Der Friede von Tilsit 1807 und der „Friede" von Versailles in unseren Tagen reden eine nur zu deutliche Sprache. Der Friede von Frankfurt war ein wirklicher Friede, denn er gab beiden Völkern, Siegern wie Besiegten, die Möglichkeit zu neuer Blüte; er ließ eine Friedenszeit von 43 Jahren folgen. Je härter die Bedingungen eines Friedens sind, um so größer, das lehrt die Geschichte unzweifelhaft, ist die Gefahr zu neuen Verwicklungen. Dieser Gedanke mag auch in diesen trüben Tagen am 10 Mai für uns ein Trost sein. Näher wollen wir auf diese Frage nicht eingehen, so verlockend auch ein Vergleich der Frankfurter und Versailler Bedingungen ist. Doch wir widerstehen standhaft dieser Lockung; nur das sei zum Schluß noch gesagt: 1871 war Deutschland wirklicher Sieger, und als solcher zeigte es sich großmütig in dem Gedanken an seine Macht und sein Recht, heute gefällt sich Frankreich in der Rolle des Siegers, in echt romanischer Weise mimt es die Siegerrolle und verrät durch seine Kleinlichkeit und Rachsucht seine innere Schwäche und sein großes Unrecht. Versailles ist der Keim vieler neuer Kriege!

Das Auswärtige Amt über das Ultimatum

Dem Reichstag sind jetzt die „Bemerkungen des Auswärtigen Amtes für die Reparationsforderungen der Entente" zugegangen. Das acht Seiten umfassende Schriftstück zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil, **finanzielle Forderungen** des Zahlungsplanes, gibt eine Uebersicht über die Leistungen, die Deutschland nach den letzten Forderungen der Entente auf Reparationskonto zu machen hat, unter Beifügung von rechnerischen Beispielen.

So wird für die Verrechnung der 50prozentigen Abgabe in England und der 25prozentigen Ausfuhrzahlungen auf das Reparationskonto folgendes Beispiel gegeben: Betrüge der gesamte Export Deutschlands 4 Milliarden Mark, so würden daraus auf Reparationskonto 25 Prozent, gleich 1 Milliarde, zu entrichten sein. Nach den unter den Alliierten getroffenen Vereinbarungen entfiele hiervon auf England rechnungsmäßig ein Anteil von 22 Prozent, gleich 220 Millionen Mark.

A. Würde nun aber der auf England entfallende Teil der deutschen Ausfuhr 400 Millionen Mark betragen, so würde in England eine Einfuhrabgabe von 50 Prozent, gleich 200 Millionen Mark erhoben werden. Deutschland würde der Reparationskommission in diesem Falle noch 20 Millionen Mark zu **vergüten** haben.

B. Würde dagegen der auf England entfallende Teil der deutschen Einfuhr 480 Millionen Mark betragen, so würden in England 240 Millionen Mark erhoben werden. In diesem Falle würde England an die Reparationskommission den Betrag von 20 Millionen Mark zur anderweitigen Verteilung **abzuführen** haben. Zum Schluß heißt es dann noch: Hinsichtlich der auf der Märzkonferenz in London verhängten **Sanktionen** ist folgendes zu bemerken:

Wie erwähnt, wird die ausdrückliche Anerkennung der in England und in den anderen Ländern bestehenden oder noch einzuführenden **Einfuhrabgabe** auf deutsche Waren gefordert. Ueber **Rückgängigmachung der Besetzung** von **Duisburg und Düsseldorf** und wegen des alliierten **Zollregimes im Rheinlande** sind Zusicherungen auf Aufhebung der erfolgten Zwangsmaßnahmen für den Fall des Unterzeichnens des Ultimatums **nicht** abgegeben. Die Androhung der Besetzung des **Ruhrgebiets** im Ultimatum kann auf den Fall bezogen werden, daß Deutschland zwar die geforderte Erklärung rechtzeitig abgibt, aber die abgegebene Zusage aus irgend einem Grunde **nicht einlöst**.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

trat Montag abend zu einer Sitzung zusammen, die ebenso wie die vorherige einen rein informatorischen Charakter trug. Zu diesem Zwecke hatten außer den Mitgliedern des Ausschusses auch alle anderen Abgeordneten Zutritt, für die aber ebenfalls das **Schweigegebot** galt. Neben dem **Reichskanzler** und dem Außenminister Dr. **Simons** nahmen fast **sämtliche Mitglieder des Kabinetts** an der Sitzung teil. Die erläuternden vertraulichen Ausführungen zu dem Ultimatum der Entente, namentlich des deutschen Botschafters in Paris Dr. **Mayer** und des Staatssekretärs **Bergmann** deckten sich im allgemeinen mit den Ausführungen, die diese Herren schon am Nachmittag in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien im Reichsjustizministerium gemacht hatten. Zu Beschlußfassungen irgendwelcher Art kam es nicht. In den späten Abendstunden tagten außerdem **fast alle Fraktionen**, doch ist es zu einer positiven Stellungnahme für oder gegen den Vertrag bisher nicht gekommen.

Der Ablauf des Ultimatums

Wie die P. P. N. hören, hat Minister Dr. **Simons** den Parteien des Reichstages mitgeteilt, daß die von der Entente gestellte Frist für die Annahme des Londoner Finanzdiktats Mittwoch nacht um 12 Uhr abläuft. Solle die deutsche Antwort rechtzeitig eintreffen, dann müsse sie spätestens am Dienstag abend nach London und Paris abgehen oder allenfalls am Mittwoch morgen den hiesigen Entente-Botschaftern mitgeteilt werden. Der Reichstag müsse daher noch heute Gelegenheit haben, die neue Regierung kennen zu lernen und sich mit ihr für Annahme oder Ablehnung des Diktats entscheiden. **Jede Versäumung dieser Fristen würde bedeuten, daß die deutsche Antwort zu spät kommt.**

Die Unterschrift wertlos

× **Genf**, 10. Mai.

Der „Temps" beschäftigt sich mit der bevorstehenden deutschen Entscheidung über das Entente-Ultimatum und den Schwierigkeiten der Kabinettsbildung und faßt sein Urteil in folgender, auf die Absichten Frankreichs ein bezeichnendes Licht werfenden Weise zusammen:

„Man kann jetzt schon im voraus versichern: ob die künftige Reichsregierung das Ultimatum annimmt oder nicht; es werden die Bestimmungen über die Entwaffnung jedenfalls nicht beachtet werden. Eine Unterschrift wird deshalb keine Lösung bedeuten. Das deutsche und das französische Volk haben mehr und mehr einen Weg eingeschlagen, der zu gewalttätigen Lösungen führt. Denn wie die Dinge gegenwärtig laufen, werden entweder die Franzosen von neuem kämpfen müssen, um ihre Unabhängigkeit (?) zu schützen, oder die Deutschen werden sich gegen diejenigen erheben müssen, die ihnen die politische Freiheit rauben. Die Beschlüsse von London werden entweder zu einem neuen europäischen Krieg oder zu einer wirklichen deutschen Revolution führen."

Der Artikel des offiziösen Blattes läßt in aller Deutlichkeit erkennen, wofür freilich kein Beweis mehr notwendig ist, daß nämlich der **französische Raubzug durch diplomatische Mittel nicht mehr aufzuhalten** ist. Die Beratungen über die Durchführbarkeit oder die Undurchführbarkeit der wirtschaftlichen Forderungen sind heute völlig gegenstandslos geworden. Frankreich hält die Stunde für gekommen, um seine politischen Ziele, die es bei Friedensschluß nicht erreichen konnte, durchzusetzen und hält sich dabei an die Weisung Clemenceaus: „Der militärische Krieg war nur die Vorbereitung." Die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt an. Der Vertrag von Versailles ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Korfanty an den Reichskanzler

Ein Ultimatum.

W. **Berlin**, 10. Mai.

Der Führer der polnischen Aufständischen in Oberschlesien, **Korfanty**, hat mit Hilfe der amtlichen polnischen Funkstelle in Posen am 8. Mai folgenden **Funkspruch** an den **Reichskanzler** gerichtet:

„Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß **bewaffnete Ortschleute** und in Zivil gekleidete **Reichswehrsoldaten** den Pfarrer Drozdek aus Konstadt, ferner einen gewissen Gruber Kanzy und zwei andere Personen aus Konstadt sowie einen alten gebrechlichen Greis Szajcati aus Karlsruhe (Kreis Oppeln) als **Geiseln** verschleppt haben. Ich habe bis jetzt keine Geiseln genommen, weil ich das Geiselnehmen für einen barbarischen Brauch halte. Wir haben **lediglich Gefangene** abgeführt, die mit der Waffe in der Hand überführt worden sind. Sie werden menschlich behandelt. Ich lasse Ew. Exzellenz wissen, daß, wenn die als Geiseln genommenen Polen nicht **binnen 48 Stunden**, d. h. bis Dienstag, den 10. d. M., abends 18. Stunde an ihre Wohnorte zurückgebracht und als freie Leute behandelt werden, ich am **Mittwoch die doppelte Anzahl der angesehensten Deutschen** in dem von unseren Truppen besetzten Gebiet als **Geiseln** in die Gefängnisse werde abführen lassen."

Die **Reichsregierung lehnt es ab**, mit den Führern der Aufständischen in Oberschlesien in **irgendwelche Verhandlungen** einzutreten. Der Funkspruch ist heute morgen sogleich dem deutschen Bevollmächtigten in **Oppeln** übermittelt worden, um von dort aus den Tatbestand festzustellen und mit Hilfe der interalliierten Kommission die von Korfanty angedrohten Repressalien zu verhindern. Wenn Korfanty aber behauptet, er habe keine Geiseln nehmen lassen, so muß im Gegensatz dazu festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angesehene deutsche Bürger von den Insurgenten als Geiseln festgesetzt und verschleppt worden sind und noch festgehalten werden. Von der interalliierten Kommission, den alliierten Regierungen sowie von der polnischen Regierung ist die **Freilassung** dieser Geiseln **bereits vor drei Tagen gefordert** worden. Im übrigen ist durch den Funkspruch erneut festgestellt, daß Funkstationen der polnischen Regierung sich zur Verbreitung von Nachrichten aus dem Insurgentenlager zur Verfügung stellen. Auch hiergegen ist bei der polnischen Regierung vor einigen Tagen bereits Einspruch erhoben worden.

Hörsing geht auf Urlaub?

Wie uns zugeflüstert wird, beabsichtigt Oberpräsident Hörsing in den nächsten Tagen einen längeren Erholungsurlaub anzutreten. Ob der Oberpräsident tatsächlich der Erholung bedarf, oder ob es sich um einen Urlaub von der Art handelt, von dem man nicht wieder zurückzukommen pflegt, wissen wir nicht. Wir registrieren deshalb nur, daß solche Gerüchte im Umlauf sind; vielleicht ist Herr Hörsing so liebenswürdig, ihre Richtigkeit zu bestätigen.

*

Soweit eine Meldung aus **Magdeburg**. Nach allem, was wir in den letzten Tagen erlebten, wäre das garnicht so sehr verwunderlich. Das **Verbot der „Halleschen Zeitung"** hat gezeigt, daß Herr Hörsing nicht geeignet ist, den Posten, auf den er unverdienterweise gekommen ist, auszufüllen. Reichskommissar und Oberpräsident Hörsing, würde damit, daß er geht, nur seine Pflicht tun, denn es ist nach allem ausgeschlossen, daß er weiter einen derartig verantwortungsvollen Posten bekleidet.

th. **Die Neuwahl des Reichspräsidenten**, die ursprünglich für den Juni vorgesehen war, wird mit Rücksicht auf die ungeklärten politischen Verhältnisse vorläufig nicht stattfinden. Vor dem Herbst dürfte an eine Neuwahl nicht zu denken sein.

Die „Rote Fahne" beschlagnahmt. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde in der vergangenen Nacht die Sonntagsausgabe der „Roten Fahne" in einer Auflage von 32 000 Exemplaren in einer Druckerei in der Alexandrinenstraße beschlagnahmt.

Kurzer Abriß der Geschichte des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 36

Von Leutnant der Ref. a. D. **Ernst Reich**.

(Schluß.)

Am 28. Februar früh 1 Uhr rückte die Nordabteilung über Aulnois-Ferme so nahe als möglich an die französische Hauptstellung vor Fresnes heran. Das sehr starke Drahtverhau, das ein Durchkommen unmöglich machte, das schwere Artilleriefeuer und die ungedeckte rechte Flanke (das rechts anschließende Landwehr-Infanterieregiment 65 lag mit anderer Front weit zurück) veranlaßten den Führer, Major Fett, im Morgengrauen auf Riaville zurückzugehen. Die Ostabteilung schob lediglich die 9. Kompagnie südlich der Straße Marchéville—Fresnes weiter vor. Die übrigen Kompagnien lagen gestaffelt dahinter. 2., 3., 7. und 11. Kompagnie rückten im Laufe des Vormittags nach Marchéville zurück, um dort zu ruhen und zu essen.

Da kam mittags 1.50 Uhr der Angriffsbefehl. Mit viel Schneid, wie auf dem heimatlichen Exerzierplatz, gingen die prächtigen Landwehrleute sprungweise vor, der Verluste nicht achtend, die bald die Schützenlinien lichteten.

Die Nordabteilung unter Major Fett drang mit der 4., 8., 6., 5. Kompagnie in erster und der 7. und 3. Kompagnie in zweiter Linie bis auf etwa 500 Meter vor Fresnes vor, wo, trotz Unterstützung von 2 Zügen der 12. Kompagnie, die unter Führung des Kompagnieführers, Leutnant d. L. Bauer, und des Regimentsadjutanten, Hauptmann d. L. Herold, im heftigsten Maschinengewehrfeuer Gassen in das breite Drahthindernis zu schneiden suchten, ihnen die starken französischen Sicherungen und das Artillerie- und Maschinengewehrfeuer „Halt" geboten.

Das gleiche Schicksal hatte die mutig vorgehende Ostabteilung unter Hauptmann d. L. Katluhn. Mit einem Zuge der 2. Kompagnie nördlich der Straße Marchéville—Fresnes drangen, südlich daran anschließend, die 9., 10. und 1. Kompagnie vor, während die beiden anderen Züge der 2. Kompagnie, verstärkt durch die 11. Kompagnie, von Südosten her gegen Fresnes vorgingen.

Nachts über blieben die Truppen in den erreichten Stellungen und versuchten — nachdem nachts die Artillerie verschiedentlich Fresnes mit schwersten Kalibern beschossen hatte — am 29. Februar 1916 früh 6.30 Uhr erneut vorwärtszukommen. 2 Kompagnien des Landwehr-Infanterieregiments 66 versuchten von Champlon aus einzugreifen — vergeblich! Auch unseren wackeren Leuten gelang es nicht, noch wesentliche Vorteile zu erringen. Das rasende Feuer der französischen Artillerie und Maschinengewehre, und die tiefen Hindernisse vereitelten den Sturm. Die auf freiem, sumpfigem Gelände liegende 2. und 11. Kompagnie unter Leutnant d. L. Huckemann und Leutnant d. L. Randhahn mußten, da sie stark vom Feinde flankiert wurden, zurückgenommen werden.

Nachmittags wurde der Angriff, bei dem der Regimentskommandeur, an der Spitze seines Regiments in erster Linie kämpfend, seine schon stark gelichteten braven Kompagnien vergeblich bis unmittelbar an die feindlichen Drahthindernisse herangeführt hatte, aus den schon mehrfach angegebenen Gründen abgebrochen, die erreichten Stellungen aber weiter besetzt gehalten.

Die Tage hatten an Verlusten dem Regiment gekostet: 5 Offiziere (Leutnants Bueb, Krafft, Thomas, Feldwebelleutnant Bosert und Offizierstellvertreter Neumann und 66 Unteroffiziere und Mannschaften tot; 12 Offiziere, 264 Unteroffiziere und Mannschaften verwundet.

In den folgenden Tagen lag Fresnes fast dauernd unter schwerstem Artilleriefeuer. Alle Vorbereitungen zu einem erneuten Vorstoß auf diesen hochwichtigen Stützpunkt in der Woëvreebene wurden getroffen. Inzwischen hielten die Kompagnien des Landwehr-Infanterieregiments 36 im Vorfelde treue Wacht.

Am 7. März früh 6.20 Uhr gelang es unter der Führung des Oberstleutnants v. Kaisenberg (Kommandeur des Grenadierregiments 6) gegen den Nordost- und Ostrand von Fresnes mit 1 Bataillon Grenadierregiments 6, vermehrt um 2 Züge der Maschinengewehrkompagnie Landwehr-Infanterieregiments 36, der 4. Kompagnie Pionierbataillons 27, einem Zuge der 2. Kompagnie Reserve-Pionierbataillons 16 als Sturmtruppen, dem 1. Bataillon Landwehr-Infanterieregiments 66 mit einem Zuge Maschinengewehren, dem Rest der 2. Kompagnie Reserve-Pionierbataillons 16, einem halben Zuge Knobelsdorfscher Minenwerfer, dem 2. Bataillon Landwehr-Infanterieregiments Nr. 36 und der Minenwerferkompagnie 305 als Reserve überraschend vorzubrechen und über 700 Gefangene und zahlreiche Maschinengewehre zu erbeuten. Der Rest des Landwehr-Infanterieregiments 36 hatte während des Unternehmens einen Angriff von Norden und Südosten vorgetäuscht.

Den Sicherungsdienst in Fresnes übernahm sofort das Landwehr-Infanterieregiment 36 und übte ihn bei heftigster Beschießung aus, bis es, da das Regiment dringend der Schonung bedurfte, am 13. März (2. Bataillon), 16. März (3. Bataillon) und 19. März (1. Bataillon) herausgezogen wurde und östlich Apremont auf dem Le Mont, in Loupmont und im Géréchamp das 7. Garderegiment in seinen Stellungen ablöste.

Hier hielten sich Sicherungsdienst und schwerer Arbeitsdienst das Gleichgewicht. Keine Ablösung, keine Ruhe gab es mehr fast bis zum Waffenstillstand. Dauernd lag das Landwehr-Infanterieregiment 36 in einer äußerlich zwar ruhigen, darum aber nicht weniger gefährlichen Stellung. Das Feuer des Sperrforts Liouville forderte manches Opfer, und die zahlreichen, zum Teil mit gutem Erfolg gekrönten Patrouillen zeigten, daß auch Schneid, Mut und Tapferkeit der wackeren Landwehrleute nicht verloren gingen. Unter Führung der Leutnants d. R.: Andreas, Galcke, Glattki, Hack, Kohlbach, Peters, Imme, Wessel und mehrerer anderer Offiziere wurden Heldentaten vollbracht, die mit Fug und Recht ihre Belohnung mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse verdienten. Von größeren Unternehmungen des Regiments seien die gewaltsamen Erkundungen, die unter den Decknamen „Brotausgabe" am 16. Juni 1918 und „Treibjagd" am 2. August 1918 ausgeführt wurden, erwähnt.

Am 17. Juni 1918 mußte das Landwehr-Infanterieregiment Nr. 36 Stellungswechsel vornehmen und kam nahe bei St. Mihiel in das Marsoupe-Lager.

So wurden die biederen Landwehrleute denn auch am 12. September 1918 nochmals in ernstere Gefechte verwickelt, als der Mihielbogen geräumt werden mußte.

Diese Rückzugsgefechte fanden dann ihre Fortsetzung in den heftigen Vorfeldkämpfen vor der Michelstellung zwischen Dommartin—la chaussée und Charey sowie am Etang de la chaussée.

Am 11. November 1918 endlich schlug auch für das Landwehr-Infanterieregiment 36 die Stunde des Kriegsendes. Viele waren nicht mehr da von denen, die einst im August 1914 mit so großen Hoffnungen gen Frankreich gezogen waren. Rheinländer und Polen waren als Ersatz gekommen.

Der Rückmarsch wurde auf derselben Straße, auf der einst das Regiment nach Frankreich hineinrückte, über Jarny—Ballenroy—Stahlheim ausgeführt. Weiter ging es dann über Saarlouis—St. Wendel—Kaiserslautern—Bad Dürckheim bis Sedan zu Fuß. Am 13. Dezember 1918 endlich führte der Zug die müden, tapferen Krieger der Garnison Halle zu, wo das Regiment am 16. Dezember 1918, früh 8.20 Uhr eintraf und am 18. Dezember demobilisiert wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192105102-17/fragment/page=0002

Provinz Sachsen

d. **Halberstadt**, 7. Mai. (Die Straßenbahnsorgen der Stadt) sind noch nicht behoben. Wenn auch durch die Einführung des schaffnerlosen Betriebs und Erhöhung der Tarife der städtische Zuschuß um rund 500 000 Mark herabgemindert wird, so erfordert die Bahn für 1921 doch noch 150 000 Mark mehr Zuschuß als im Vorjahr, nämlich 263 400 Mk. gegenüber 108 800 Mark. Und dabei ist der Strom für die Bahn nur mit 55 Pfg. je Kilowattstunde eingestellt. Würde der ordentliche Kraftstrompreis, der 2,85 Mk. je Kilowattstunde beträgt, eingesetzt werden, so erhöht sich der Zuschuß auf 919 600 Mark. Die Anleiheschulden der Stadt betrugen am 1. April 1921 26 492 700 Mk. und werden im Laufe des Jahres, wie sich jetzt schon übersehen läßt, am 1. April 1922 mindestens auf 37 129 400 Mark anwachsen. Diese Summe erfordert für Zinsen und Tilgung allein 2 300 600 Mark. Ungeheure Lasten erfordern die Zuschüsse der Stadt zu den Haushaltsplänen der Schulen. Es sind nötig für das Realgymnasium 411 710 Mark (gegen 130 980 Mark i. V.), für die Oberrealschule 251 870 Mk. (67 050 Mk.), für das Lyzeum 475 840 Mk. (161 290 Mk.), für die Mittelschulen 428 920 Mk. (204 560 Mk.), für die Volksschulen 1 521 360 Mk. (565 520 Mk.), für die Volkshochschule 34 930 Mk. (21 340 Mk.) und für die Fortbildungsschulen 123 170 Mk. (39 730 Mk.), zusammen also 2 947 300 Mk. gegen 1 180 470 Mk. im Vorjahre. — Der Haushaltsplan der Waisen- und Armenverwaltung erfordert die runde Summe von 663 000 Mark als Zuschuß gegen 229 300 Mk. im Vorjahre. Interessant ist, wie dafür die Steuerschraube angezogen werden muß. Es sollen erbringen die Biersteuer 6000 (3000 i. V.), Schankerlaubnis- 10 000 (3000), Lustbarkeits- 400 000 (400 000), Hundesteuer 50 000 (30 000), Umsatzsteuer 350 000 Mk., Zuschlag zum Grunderwerbsteuer 100 000 Mk., Grundsteuer 1 250 000 (726 570), Gewerbesteuer 1 750 000 (726 000), Einkommensteuer 5 179 665 (4 499 000) Mark usw.

d. **Halberstadt**, 10. Mai. (Einbrecher) haben in der letzten Nacht hier ordentlich gehaust. An fünf verschiedenen Stellen, selbst im Finanzamt, ist eingebrochen worden. Entwendet sind in der Hauptsache Geld und Schmucksachen.

d. **Blankenburg**, 9. Mai. (Der „Selbstschutz" vor dem Verwaltungsgericht.) Die braunschweigische Regierung verfügte bekanntlich in einer Verordnung die Auflösung der Einwohnerwehren und ähnlicher den Selbstschutz dienender militärischer Organisationen. Infolgedessen sah sich die Kreisdirektion Blankenburg veranlaßt, die Auflösung des Vereins „Selbstschutz" hier zu verfügen. Durch den Justizrat Dr. Hoffmann aus Blankenburg hat dann der Verein beim Verwaltungsgerichtshof Klage erhoben und die Aufhebung der Verfügung beantragt. Der als Vertreter des Vereins „Selbstschutz" erschienene Justizrat Dr. Hoffmann begründete die Klage mit der Behauptung, daß der Verein nicht nur unter die Bestimmungen des Abkommens von Spa falle, da er ja nur den Zweck habe, seine Mitglieder gegen Plünderungen und Diebstähle zu schützen. Das Staatsministerium habe bei Herausgabe seiner Verfügung den Friedensvertrag mit seinen Bestimmungen falsch ausgelegt. Nach einer längeren Beratung lautete das Urteil des Gerichts: „Die Verfügung der Kreisdirektion wird aufgehoben; das Ministerium ist nicht befugt, den Verein aufzulösen, da er keine militärischen Zwecke verfolgt."

d. **Wernigerode**, 10. Mai. (Kellereinbrecher) erbeuteten an zwei Stellen der Stadt für rund 20 000 Mark Ware.

d. **Osterwieck**, 9. Mai. (Bei der Kirchenaustrittsbewegung haben hier insgesamt 120 Familien der Kirche den Rücken gekehrt. Bei Prüfung der Namen sind die kirchlichen Behörden zu dem Schluß gekommen, daß weniger parteipolitische Ansichten als Furcht vor übertrieben hohen Kirchensteuern der Grund dazu war.

d. **Oschersleben**, 9. Mai. In der Stadtverordnetensitzung wurde mitgeteilt, daß Landrat Dr. Heine sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt hat. Nach der Veranschlagung des Kreisausschusses sind für Stadt Oschersleben 690 v. H. Grund-, 90 v. H. Gebäude- und Betriebssteuer festgesetzt, was eine Erhöhung um 100 v. H. bedeutet. Zugestimmt wurde ferner der Aufnahme dreier Anleihen im Gesamtbetrag von drei Millionen Mark zur Finanzierung der technischen Betriebe der Stadt. Zur Finanzierung der Oschersleben—Schöninger Eisenbahn wurde mitgeteilt, daß sich verschiedene industrielle Unternehmungen entschlossen hätten, beizusteuern und daß auch die Oscherslebener Geschäftsleute Beitrag leisteten.

. **Klosterlausnitz**, 9. Mai. (Kinderhilfe der Methodisten.) In Anwesenheit einer fast 300köpfigen Gemeinde aus ganz Deutschland wurde am Himmelfahrtstage das von den Methodisten käuflich erworbene Kurhaus seiner Bestimmung als Kinderheim übergeben. Es trägt die Bezeichnung „Kinderhilfe der Methodisten". Dem Klosterlausnitzer Heim ist bereits eine Stiftung von 350 000 Mk. zugefallen. Zur Verschönerung der Feier wirkten der Bläserchor aus Zeitz, die Gesangvereine und gemischten Chöre aus Gera, Plauen und Zeitz mit.

tk. **Weimar**, 9. Mai. (An Fleischvergiftung) gestorben sind innerhalb kurzer Zeit hier zwei Personen. Der Tod ist auf den Genuß von Wurst zurückzuführen, die auf dem Lande hergestellt wurde und gifthaltige Substanzen enthielt. Mehrere andere Personen, die von der betreffenden Wurst gegessen hatten, sind leicht erkrankt.

tk. **Eisenach**, 9. Mai. (Unfall.) Als im benachbarten Stedtfeld Frau Hebamme Sauerbrey aus ihrem Hause trat, versuchte sie an einem vorbeifahrenden Lastauto, das gerade die engste Stelle passierte, vorbeizukommen. Der Kraftwagen drückte die Frau aber derartig an die Wand ihres eigenen Hauses, daß Frau S. tödlich verletzt zusammenbrach und ins Krankenhaus nach Eisenach gebracht werden mußte, wo sie an den schweren Verletzungen starb.

tk. **Triptis**, 9. Mai. (Erbauliches von der Zwangswirtschaft.) Kürzlich wurde berichtet, durch den Kommunalverband Neustadt a. d. O. seien in der Molkerei Triptis Verfehlungen aufgedeckt worden. Der Molkereiverwalter Dönch habe wesentlich größere Mengen Sahne nach Bad Elster gesandt. Zu diesen Beschuldigungen schreibt jetzt der Verwalter Dönch: Diese Lieferungen haben im Kriege periodenweise stattgefunden unter Genehmigung des Herrn Bezirksdirektor Stichling, sowie des Thür. Ministeriums. Die Reichsfettstelle hat die Lieferungen bei mehreren Revisionen festgestellt, ein Verbot ist nicht ergangen. Die Molkerei Triptis hat in der ganzen Zeit der Zwangswirtschaft mehr als ihre Pflicht getan, sämtliche Lieferanten sind mit der Ablieferung bis aufs äußerste ihrer Leistungsfähigkeit gegangen. Weit bis in den Thüringer Wald mußte die Dampfmolkerei Triptis mit Lieferungen einspringen. Und welchen ungeheuren Schaden hat dieselbe durch die Zwangswirtschaft gehabt. Die Butter hat teilweise wochenlang gelegen, bis sie ranzig und schimmlig wurde, sehr oft waren große Mengen unbrauchbar; frische Butter ist überhaupt ganz selten ausgegeben worden, weil nicht darüber verfügt wurde. Die Gewichtsverluste durch die Lagerung gingen ins Ungeheure und auf Kosten der Molkerei verloren.

tk. **Langensalza**, 10. Mai. (Eine städtische Notgeldsammlung.) In unserem städtischen Museum ist auch eine Sammlung angelegt worden, zu der auf Ersuchen der Museumsverwaltung gegen 750 Städte Notgeld beigesteuert haben, so daß die Sammlung etwa 3000 Scheine aufweist. Meist sind dies hochwertige Stücke zu 100, 50, 20, 10 und 5 Mark Nennwert, während kleinere Scheine zu 50 Pfg. und weniger nur in geringerer Zahl vorhanden sind. Die Sammlung soll noch weitergeführt werden, damit sie dereinst unseren Nachkommen ein getreues Bild der „schrecklichen, der münzenlosen Zeit" gibt.

Volkswirtschaftlicher Teil

Vom Zuckermarkt

berichtet unser Magdeburger Mitarbeiter: Nach den aus den verschiedenen Anbaubezirken vorliegenden Meldungen sind die Hoffnungen auf die diesjährige Rübenernte befriedigend, man rechnet allgemein mit einem Ertrage, der dem vorjährigen um annähernd 20 Prozent übersteigen dürfte. Aus diesen u. E. etwas voreiligen Schätzungen kann man noch keine zuverlässigen Schlüsse auf die zu erwartende Zuckererzeugung ziehen, da die Hereinbringung der Rüben, ferner die Verwendung zu ihren eigentlichen Zwecken und schließlich die Ausbeute von zu mannigfachen Momenten abhängig, die leider gar zu leicht noch die optimistischen Erwartungen im Laufe der nächsten Monate herabdrücken können. Im Interesse unserer Volksversorgung wäre die zur Deckung unseres heimischen Zuckerbedarfs notwendige Mehrproduktion von 3 bis 4 Millionen Zentnern sehr zu wünschen, mehr dürfte, wenn sich die weitere Entwicklung normal vollzieht, kaum zu erwarten sein. Die Aussaat der Rüben ist überall beendet, vereinzelt sind die Pflänzchen bereits aufgegangen, anderwärts sind infolge der kalten Temperatur Rübenbestellung und Aufgang verzögert worden. Allgemein wird über große Trockenheit geklagt, sodaß ausreichende Durchfeuchtung des Bodens dringend notwendig ist. Nach der in der verflossenen Woche veröffentlichten amtlichen Statistik sind in der Zeit vom 1. September v. J. bis Ende Februar d. J. 181,4 Millionen Zentner Rüben verarbeitet worden gegen 96 Millionen Zentner in der gleichen Zeit 1919/20. In dem gleichen Zeitraum betrug die Zuckerproduktion 21,2 (13,8) Millionen Zentner Rohzuckerwert, wobei der Verbrauchszucker im Verhältnis von 9:10 umgerechnet ist.

Für eine befriedigendere Entwicklung des Geschäftsverkehrs an den heimischen Zuckermärkten erwartet man erst nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft eine Wendung. Man hofft, daß die Regierung nach der Klärung der trostlosen außenpolitischen Lage energischer an das Zuckerproblem herangehen und den Wünschen von Industrie und Verbraucher mehr als bisher Rechnung tragen wird. — Am Rohzuckermarkt gingen in der Berichtszeit die Verladungen weiter voran, der Verkehr in Verbrauchszucker blieb äußerst beschränkt, in der Hauptsache handelte es sich um die Erledigung rückständiger Ablieferungen.

Der englische Zuckermarkt verzeichnete ruhiges Geschäft bei unter dem Einfluß von Newyork gedrückten Preisen. Tates Würfel bedangen etwa 73 sh, Lyle-Granulated 67 sh 8 d und gelbe Kristalle 62 sh, auch im Terminverkehr waren die Notierungen nachgebend.

Auch am Pariser Zuckermarkt war die Tendenz schwächer, der Preis für Weiß Nr. 3 schwankte zwischen 215 bis 220 Fr., Abschlüsse für spätere Lieferungen wurden auf niedrigerem Niveau getätigt.

Am Newyorker Zuckermarkt notierte sofort greifbarer Zentrifugalzucker am Wochenschluß 4,89 c, nachdem sich der Preis am Freitag vorübergehend auf 4,64 c ermäßigt hatte. Größere Angebote von Kubazucker zu niedrigerem Preise führten auch im Terminverkehr zu Abschwächungen. — Die voraussichtliche Kubaernte wird von Willett u. Gray neuerdings mit 3 713 000 Tonnen angegeben.

Handelsgerichtliche Nachrichten. In das Hallesche Handelsregister A ist unter Nr. 292 die offene Handelsgesellschaft Engelbrecht u. Hirche mit dem Sitze in Bitterfeld eingetragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind der Kaufmann Wilhelm Engelbrecht zu Raguhn in Anhalt und der Kaufmann Adolf Hirche zu Bitterfeld. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen.

* **l. Kohlenfelder bei Alsleben (Saale).** Die Stadt Alsleben hat sich mit einer Anfrage an das Oberbergamt in Halle gewendet und den Bescheid erhalten, daß über ein Kohlenvorkommen in Alsleben nichts bekannt sei. Aus der beim Bergrevierbeamten für Ost-Halle ausliegenden Mutungsübersichtskarte gehe hervor, daß in der unmittelbaren Umgebung von Alsleben Kohlenfelder noch nicht gemutet oder verliehen worden sind. Es sei wohl anzunehmen, daß in dem noch bergfreien Gebiet Kohle vorkomme. Ob diese Kohlenlager aber abbauwürdig seien, lasse sich mit Wahrscheinlichkeit nicht sagen. In der letzten Stadtverordnetensitzung gab nun der Bürgermeister bekannt, daß östlich von Alsleben die 1882 verliehenen drei Kohlenfelder „Köcher", „Köcher II" und „Köcher III" liegen, die aber in Privatbesitz sind, deren Erwerbung voraussichtlich zu große Mittel beanspruchen würde. Anders sei die Sachlage bezüglich der ebenfalls östlich von Alsleben gelegenen Felder Kohlfuhne (in den Gemarkungen Könnern, Lebendorf und Trebitz; Größe 2 188 819 Quadratmeter) und Kohlbeesen (in den Gemarkungen Beesenlaublingen, Beesedau, Bebitz, Neubeesen und Kustrena; Größe 2 187 996 Quadratmeter), die dem preußischen Bergfiskus gehören. Der Magistrat meint, es würde ohne große Kosten für die Stadt möglich sein, diese beiden Felder zu erwerben. Die Stadtverordnetenversammlung wählte eine Kommission, die beauftragt wurde, in Gemeinschaft mit dem Magistrat die weiteren Verhandlungen einzuleiten.

m. **Die Grube „Magdalene" bei Peißen**, die dem Kreis Bernburg gehört, wirtschaftet so unrentabel, daß von Kreistagsmitgliedern der Wunsch geäußert wurde, die Grube dem Verfall zu überlassen. — In der gleichen Sitzung wurde die Bürgschaft für ein 15 Millionen-Darlehen des Elektrizitätsverbandes Anhalt zum Ausbau des Stromnetzes im Kreise Dessau übernommen.

Wochenbericht vom Metallmarkt. (Deutscher Metallhandel A.-G.) Die Festigkeit des Metallmarktes der letzten Zeit übertrug sich in unverändertem Maße auch auf die ersten Tage der Berichtswoche und verstärkte sich im Laufe derselben, so daß die Metallnotierungen heute wesentlich höher schließen und die Tendenz am deutschen Metallmarkt als ausgesprochen fest bezeichnet werden muß. Es hat den Anschein, daß in letzter Zeit beträchtlichere Käufe seitens größerer Konsumenten vorgenommen worden sind, die zu einer erheblichen Belebung des Marktes und einer Höherbewertung sämtlicher Metalle geführt haben. Der Konsum hat sich größere Mengen gesichert, wohl in der Erwartung, daß die Bewegung weitergeht und wir in nächster Zeit noch höhere Preise als heute sehen werden. Kupfer wird heute etwa 25 bis 30 Mk., Zinn etwa 50 bis 100 Mk., Blei etwa 10 bis 15 Mk., und Zink ebenfalls etwa 10 Mk. über den Schlußnotierungen Ende voriger Woche gehandelt. Auch am Altmetallmarkt wurden größere Käufe vorgenommen und die Notierungen sind ebenfalls höher als Ende der vorigen Woche. Der Konsum kaufte auch in Altmetallen mehr, als dieses in der letzten Zeit im allgemeinen der Fall war.

Eine Bauhilfe A.-G. in Saalfeld. Die Gründung einer Bauhilfe-Aktiengesellschaft wird seitens der Gebietsregierung Meiningen geplant. Der Zweck dieser Gesellschaft ist die Linderung der Wohnungsnot. Als Gründungssumme wird ein Kapital von mindestens einer Million beansprucht, für deren Aufbringung Behörden, Gemeinden, Kreditinstitute, Industrie und Private interessiert werden sollen.

A. Schaaffhausenscher Bankverein A.-G. in Köln. In der Sitzung des Aufsichtsrates des A. Schaaffhausenschen Bankvereins A.-G. am 7. Mai wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1920 vorgelegt und aus dem Reingewinn von 33 575 929,67 M. die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent beschlossen. Der Geschäftsbericht teilt mit: Der Geschäftsgang ist während des Berichtsjahres außerordentlich rege gewesen, so daß es nicht immer möglich war, die Ausgestaltung der vorhandenen Einrichtungen mit der Entwicklung des Betriebes in Einklang zu bringen. Die Verkehrszahlen der Bilanz lassen ein deutliches Anschwellen erkennen. Diese Erscheinung ist auf die Entwertung der Papiermark zurückzuführen und darf deshalb nicht etwa als Beweis der Prosperität betrachtet werden. Im Gegenteil, den diesmaligen, ausnahmsweise hohen Gewinnziffern stehen gewaltige, immer weiter anschwellende Unkosten gegenüber. Nur durch sparsamste Wirtschaft wird sich das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben aufrecht erhalten lassen. — Auch die Filialen haben in dem Jahre 1920 befriedigende Erträgnisse abgeworfen. Die Gesamtzahl unserer Niederlassungen beträgt jetzt 46.

* **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale), einschließlich der anschließenden Privatbahnen, wurden am 9. d. M. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 5817 Wagen zu 10 Tonnen.

Mittags-Börsendienst der „H. Z".

[Eigene Drahtmeldungen]

Berlin, den 10. Mai 1921.

Börsenvorbericht.

Die Vermutung, daß das Ultimatum unterschrieben wird, wirkte in gewisser Beziehung beruhigend, da man hofft, daß hierdurch die Besetzung des Ruhrreviers vermieden werden wird und gesicherte Beziehungen zum Auslande angebahnt werden. Daraufhin regte einige Kauflust die Börse an, die einen Anstrich von Festigkeit erhielt. Devisen schwächten sich aus dem gleichen Grunde erheblich ab.

Vorkurse der Berliner Börse

	10. 5.	9. 5.		10. 5.	9. 5.
5% Dt. Reichsanl.	77,50	77,50	Elberf. Farben	442,00	448,75
Berl. Handelsges.	208,00	208,00	Th. Goldschmidt	644,00	620,00
Comm.-u. Privatbk.	207,00	216,50	Höchster Farbw.	416,50	418,00
Darmst. Bank	179,00	179,00	Allg. Elektr.-Ges.	280,50	280,25
Deutsche Bank	290,50	290,00	Bergmann, Elektr.	329,00	335,50
Disconto-Ges.	243⅝	243,00	Sachsenwerk	295,00	295,00
Dresdner Bank	210,75	210,00	Schuckert	240,00	240,40
Hambg. Paketf.	156,55	157,00	Siemens & Halske	286,00	284,75
Hansa	284,00	287,00	Adlerwerke	218,00	224,75
Nordd. Lloyd	143,00	143,00	Augsb.-Nürnb. Ma.	440,00	442,00
Bochum. Guss	436,50	425,25	Daimler	172,50	176,75
Dtsch.-Luxemburg	301,00	294,00	Dtsch. Waff. u. M.	592,00	593,00
Gelsenkirch. Bgw.	323,00	314,87	Dynamit Nobel	356,00	353,00
Harpener	467,00	458,00	Hirsch Kupfer	334,00	334,75
Laurahütte	328,00	322,75	Köln-Rottweiler	386,50	376,63
Mannesmann	586,00	584,00	Orenstein & Koppel	545,00	585,00
Phönix	658,00	660,00	Rheinmetall	328,00	—,—
Rheinstahl	421,00	420,00	Deutsche Kali	361,00	355,00
A.-G. f. Anilinf.	425,00	422,00	Steaua Romana	—,—	—,—
Badische Anilin	484,50	498,50	Otavi Minen	465,00	465,00

Devisen-Vorkurse

	10. 5. 21 Mittelkurse	9. 5. 21 Geld	9. 5. 21 Brief
Amsterdam	2300,00	2386,60	2391,40
Brüssel	545,00	550,40	551,60
Christiania	1020,00	1033,95	1036,05
Kopenhagen	1180,00	1208,75	1211,25
Stockholm	1565,00	1578,40	1581,60
London	262,50	268,20	268,80
New-York	65⅜	67,18	67,32
Paris	545,00	—,—	—,—
Schweiz	1162,00	—,—	—,—

Hallesche Notierungen. Halle a. S., 10. Mai 21.

Anleihen.	
3½% Hall. Stadt-Anl. v. 1886	91,—G
3½% " v. 1892	86,—G
3½% Hall. St.-A. v. 1900, S. III	—,—
4% " " v. 1900	—,—
4% " " v. 1905	76,—G
4% " " v. 1910	75,—bG
4% Landsch. Zentral-Pfdbr.	97,50G
3½% " " "	85,60G
3% " " "	75,50G
4% Sächs. landsch. Pfdbr.	98,50b
3½% " " "	90,30G
3% " " "	96,—G
3½% Provinzial-Anleihe	91,—G
4% "	82,50b
3½% Halle-Hettst. Eisenb.-A.	62,00G
4½% " v. 1900	65,—G
4½% " v. 1911	60,—G
4% Bruckd.-Nietl. B.-V. H.-A.	96,50G
4½% K. Sophie b. Wolmirsleben Hyp.-Anl.	98,—G
4½% D. Grubeb. Bitterf. H.-A.	98,—G
5% G. Burbach H.-A., r. 103%	99,—G
5% Gew. Gute Hoffnung Hyp.-Anl. rzb. 102%	99,—G
5% G. Leonhardtb. Frankl.-A.	39,—G
5% G. Vesta-Hyp.-A. r. 102%	99,—G
4½% G. Auguste b. Bitterf.-A.	97,—G
4½% " r. 102%	97,—G
4% Hall. Pfännerschaft-A.	92,—G
5% " rzb. 102%	100,00G
4% Mansf. Gew.-Anl. v. 1893	95,—G
4% " v. 1908	93,00G
4½% " v. 1908	97,00G
4½% " v. 1911	98,00B
4% Naumb. Braunk. abg. H.-A.	99,—G
4½% " H.-A. r. 102%	100,00G
4½% A. Riebeck Montanwerke-Anl. rzb. 102%	100,00G
4% Sächs.-Thür. Braunkohl.-Verw. II Anl. rücks. 102%	95,—G
4½% S.-Thür. Br.-V.-A. r. 102%	100,—G
4% Waldauer Braunk.-Anl.	95,—G
4½% " r. 102%	100,—G
4% W.-Weissenf. Br.-A. v. 1890	95,00G
4% " v. 1898	95,00G
4% " v. 1902	95,00G
4½% " r. 102%	101,—B
4% Z. Par. u. Solarölfabr.-A.	96,00G
4½% " A. r. 102%	100,00G
4% Cröllw. Papierfabr. H.-A.	95,—G
4½% " A. r. 103%	96,00G
4½% Eilenb. Kattun-Manuf. Hyp.-Anl. rücks. 102%	100,00G
5% Eisenw. Schafstädt Hyp.-Anl. rücks. 101%	99,—G
4% Fabr. l. Masch. F. Zimmermann & Co. A.-G. H.-A. r. 103%	—,—
4% Kyffh. H.-A. unk. bis 1915	94,—G
4½% G. Lindner H.-A. r. 102%	100,—G
4½% " v. 1912 v. 102%	100,—G
Aktien.	
Hallescher Bankverein	183,00bG
Spar- und Vorschussbank	115,—G
Hall. Pfännerschaft A.-G.	180,00b
Riebecksche Montanw. A.-G.	—,—
W.-Weissenf. Braunk.-A.-G.	575,—B
Ammendorfer Papierfabrik	740,—B
Cröllwitzer Papierfabrik	—,—
Cönnerner Malzfabrik	168,00G
Eilenb. Kattun-Manufaktur	—,—
Eisenwerk Brünner	180,—b
F. I. M. F. Zimmermann & Co.	165,00G
" " Vorz.-A.	—,—
Hallesche Maschinenfabrik	—,—
" Portland-Zement	159,00G
Hildebrandsche Mühlenwerke	250,—G
Kaiserbad Schmiedeberg	176,—G
Körbisdorfer Zuckerfabrik	—,—
Kyffhäuserhütte Nr. 1—1000	—,—
" Nr. 1001—4100	200,—G
Gottfried Lindner	357,—bG
Wegelin & Hübner	276,—G
Zuckerraffinerie Halle	380,—b
Halle-Hettst. Eisenb.-A. La.A.	—,—
" " La.B.	52,—B
Kuxe.	
Bruckd. Nietleb. Bergbau-Ver.	—,—

„H. Z." Sportberichte

— **Rennen zu Grunewald.** In ununterbrochener Folge jagt jetzt ein Renntag den anderen. Am Mittwoch ladet wieder der Berliner Rennverein nach seiner prachtvollen Grunewaldbahn zu Gaste. Diesmal ist das gesamte Programm dem legitimen Sport vorbehalten und gipfelt in dem mit 40 000 Mark ausgestatteten Frühlings-Rennen über 1400 Meter. Der ausgezeichnete Oppenheimer Wallenstein steht hier vor einem neuen Erfolge. Wenn auch die Strecke ziemlich kurz ist, dürfte er doch dank seiner Klasse mit so guten Fliegern wie Romanze, Kolmerhof und Rastelbinder fertig werden. Im Preis von Stodolkau für Dreijährige sollte sich Flüchtling für seine letzte Niederlage durch Hexenmeister und Liebhaber entschädigen. Zu schlagen hat der Hengst in erster Linie Kamille. Unsere Voraussagen: 1. R. Golberg—Stall Haniel. — 2. R. Palinur—Rubin; 3. R. Flüchtling—Kamille; 4. R. Dragoman — Stall Weil; 5. R. Wallenstein—Kolmerhof—Romanze; 6. R. Hexenmeister—Damenweg; 7. R. Sarras—Paukenschläger.

— **„Hallescher Ausschuß für Leibesübungen".** Sitzung des großen Vorstandes, des Arbeitsausschusses und der Wettkampfkommission, Donnerstag den 12. ds. Mts. abend 8 Uhr im Germanenzimmer des „Reichshofes".

Wetterbericht

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes für Mittwoch: Ziemlich heiter, wärmer, bis auf etliche Gewitter, trocken.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. V.: Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192105102-17/fragment/page=0003

Gummi-Mäntel von Mk. 385.00 an
Loden-Mäntel von Mark 145.00 an

für **Damen** und **Herren** neu eingetroffen in **grosser Auswahl** am Lager.

G. Assmann

Grosse Ulrichstrasse 49.

Man sehe die Fenster.

Öffentlicher Ball! Öffentlicher Ball!

Maienfest

im

Wintergarten morgen Mittwoch

2 volle Orchester. **Feenhaft dekoriert.**

Tanzturnier 9 Uhr!

2000 Mark in bar.

Wilh. Heinrich.

Modernes Theater

die führende Kleinkunstbühne.
Neue Promenade 8. Anfang ½8 Uhr.

Gastspiele

Oskar Wehle

Deutschlands Meister-Chansonnier.
Eigene Dichtungen in Ton und Wort.
Und ein Großstadt-Programm.

Stadt-Theater

Mittwoch, den 11. Mai, Anfang 7½, Ende 10:

Madame Butterfly

Oper von Puccini.

Donnerstag: **Othello.**

Freitag, 13. Mai, 8 Uhr Marktkirche

17. Musikalische Vesper

des verstärkten Stadtsingechores.

Mitw. **Anne-Liese Bertram** (Sopran), Studienrat **Oscar Rebling** (Orgel).

Leitung: Chordirektor **Karl Klanert.**

Eintrittsprogramme 1 bis 3 Mk. bei **Heinrich Hothan** und an der Kirchtür.

Ich empfehle meine für jedes Fenster nachträglich anzubringenden

Sicherheits-Rolladen

sowie

Schlagladen, Jalousien, Markisen, Rollos usw.

Reparaturen billigst.

Rolladen-, Jalousien- u. Markisen-Werkstatt.

Hönemann

Halle (Saale).

Büro: Sternstraße 8, Ecke Kleine Brauhausstr.

Fernruf 3631 und 5849.

Hohenzollernhof

(Grand-Hotel), Magdeburger Straße 65.

Heute Dienstag:

Tanz-Abend.

T. L.

Saalschloß-Brauerei.

Schönstes Gartenlokal im Saaletal.
Erholungsstätte ersten Ranges.

Scheuertücher

empfiehlt vorteilhaft
H. Schnee Nachfolger,
Gr. Steinstr. 84.

Verlobungs- und Vermählungsanzeigen

für die Pfingst-Ausgabe ersuchen wir uns rechtzeitig zu überweisen

Hallesche Zeitung

Ihre **Vermählung** geben bekannt

Bergwerksdirektor Lothar Wolf
und Frau Erna Wolf geb. **Vorländer.**

Halle a. S., den 7. Mai 1921.

Ein tragisches Geschick setzte am 6. dieses Monats dem Leben des seit fast 10 Jahren in unseren Diensten stehenden

Herrn Ingenieur

Wilhelm Kuntzschmann

ein Ziel. Wir verlieren in dem Entschlafenen einen braven Mitarbeiter, der das Geschäftsinteresse stets im Auge hatte und welcher infolge seiner Leistungen und Charakterveranlagung die allseitige Wertschätzung genoß; es wird seiner bei uns stets in Ehren gedacht werden.

Halle a. S., den 9. Mai 1921.

Die Direktion der Wegelin & Hübner Maschinenfabrik und Eisengießerei Aktien-Gesellschaft.

Öffentliche Aufforderung

zu vorläufigen Zahlungen auf die Körperschaftssteuer auf Grund des Gesetzes vom 26. März 1921.

Durch das Gesetz über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer vom 26. März 1921 (R.G.Bl. S. 342), das mit dem auf seine Verkündigung folgenden Tage in Kraft getreten ist, sind die der Körperschaftssteuer unterliegenden Erwerbsgesellschaften verpflichtet, binnen einem Monat nach Feststellung der Bilanz, der Rechnung oder des sonstigen Abschlusses für jedes Geschäftsjahr als vorläufige Zahlung auf die Körperschaftssteuer ohne besondere Aufforderung 10 v. H. des in dem Abschluß ausgewiesenen Reingewinns zu entrichten; soweit bei Inkrafttreten des Gesetzes Geschäftsabschlüsse, die der Veranlagung zur Körperschaftssteuer zugrunde zu legen sind, bereits feststehen, ist die vorläufige Zahlung bis zum 1. Juni 1921 zu leisten. Zunächst werden hierdurch nur die inländischen Erwerbsgesellschaften zur Zahlung der vorläufigen Körperschaftssteuer aufgefordert. Der Körperschaftssteuer unterliegt erstmalig das Einkommen des nach dem 31. März 1919 abgelaufenen Geschäftsjahres, in Ermangelung eines besonderen Geschäftsjahres das Einkommen des Kalenderjahres 1919. Die Steuer wird nur zu dem Teile erhoben, der dem seit 1. April 1919 laufenden Teile dieses Jahres entspricht.

Erwerbsgesellschaften sind gemäß §§ 1, 12 des Körperschaftssteuergesetzes vom 23. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 393) Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbautreibende, rechtsfähige Vereinigungen, nicht rechtsfähige Berggewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie sonstige Personenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb (gewerblicher, kaufmännischer, land- oder forstwirtschaftlicher Art), deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mitglieder ist. Als inländische Erwerbsgesellschaften sind solche Erwerbsgesellschaften anzusehen, bei denen entweder der Ort der Leitung oder der Sitz im Inland liegt. Hinsichtlich der ausländischen Erwerbsgesellschaften, d. h. solcher Erwerbsgesellschaften, bei denen weder Ort der Leitung noch der Sitz im Inland liegt, werden demnächst nähere Bestimmungen ergehen.

Der geschuldete Betrag ist für die bis jetzt festgestellten Abschlüsse bis spätestens 1. Juni d. Js. und für die Zukunft spätestens binnen einem Monat nach Feststellung der Bilanz usw. zu zahlen und zwar haben:

1. die im Steuerbezirk Halle ansässigen Gesellschaften die Beträge an die Finanzkasse Halle-Stadt in Halle (Saale), Reilstr. 128 (Offizierskasino) in bar oder durch Ueberweisung auf das Girokonto bei der Reichsbank oder Postscheckkonto Leipzig Nr. 106 517,
2. die im Saalkreis ansässigen Gesellschaften die Beträge an die Finanzkasse Halle-Saalkreis in Halle (Saale), Reilstraße 128, in bar oder durch Ueberweisung (Reichsbankgirokonto, Postscheckkonto Erfurt 4681)

porto- und gebührenfrei einzuzahlen. Wenn der geschuldete Betrag nicht rechtzeitig (für die bereits feststehenden Abschlüsse bis 1. Juni 1921 und für die zukünftigen Abschlüsse binnen einem Monat nach Feststellung der Bilanz) entrichtet wird, wird ein Zuschlag von 20 v. H. der endgültig festgesetzten Körperschaftssteuer zu Gunsten des Reichs auferlegt. Die vorläufige Zahlung wird auf die endgültig festgesetzte Körperschaftssteuer bei der Veranlagung zur Körperschaftssteuer angerechnet. Die Zusendung einer Quittung erfolgt nur bei gleichzeitiger Ueberweisung des Briefportos.

Der vorläufig zu entrichtende Betrag ist von dem im Abschluß ausgewiesenen Reingewinn zu berechnen.

Im Interesse der Gesellschaften wird empfohlen, die bereits festgestellten Bilanzen, Rechnungen oder sonstigen Abschlüsse mit den dazu gehörigen Protokollen der Generalversammlung schon jetzt, die erst später festzustellenden binnen zwei Wochen nach Genehmigung durch die Generalversammlung dem Finanzamt einzureichen.

Halle a. S., den 29. April 1921.

Das Finanzamt Halle-Stadt.
Das Finanzamt Halle-Saalkreis.

Harzklub — Zweigverein Halle.

Die **Jahres-Versammlung** findet am **12. Mai 1921, 8 Uhr abends** im kleinen Saal des Stadtschützenhauses statt. Allseitiges Erscheinen erwünscht.

J. A.: **Der Vorstand.**

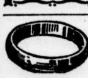
Freitag, d. 13. 5. 21, nachm. 3 Uhr pünktlich in Kramer's Gartenlokal,

Halle-Cröllwitz. Straßenbahnlinie 8, 8A.

Strandhotel Warnemünde

Hotel und Pension ersten Ranges.

Telephon No. 70. Bes. Ludw. Rebehn.



Trauringe

in echt Gold und Doublé.

Die grosse Mode

Perlketten, grosse Medaillons.

Reparaturen gut und billig.

G. Schraut, Uhrmacher, Schmeerstr. 4.

Pfingst-Schuhwerk

Wieder ein Posten **Herren- u. Damenstiefel,** ferner **Halbschuhe** in schwarz, braun und weiß eingetroffen. Gebe dieselben zu den **gleich günstigen Preisen** wie bei letzter Sendung ab.

Maria Steinberg, Delitzscher Str. 74 III.

Cheviots

dopp. br. reine Wolle **Meter 38.—**
44, 50, 52 M., Popeline, Serge billigst bei
H. Hartmann,
Landwehrstr. 11 I.

Laufdecken v. 45 M an,
Laufdeck., 1 J. Gar. 75 M
Luftschläuche 16 M,
Luftschl., 1 J. Gar. 20 M
Otto Sparmann,
neben d. Walhalla.

Wolle, Baumwolle, Maschinen-Garne

kaufen Sie stets am reellsten u. billigsten bei
Maria Steinberg,
Delitzscherstraße 74, III.

Metallbetten,

Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Sommersprossen, Hautunreinigkeiten entfernt i. wenig Tagen
Hera-Creme extrastark.
Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6.
— **Postversand.** —

Pfingsten

wird viele Damen zum Einkauf eines

elegant. Hutes

veranlassen. Reichhaltige Auswahl zu Fabrikpreisen bei

Franz Zenk

Stroh- u. Filzhut-Fabrik

Kleiner Berlin 1–2, Leipziger Straße (Ecke Poststraße 1), Merseburger Straße 161. Gegründet 1910.

Unsere diesjährige **ordentliche Generalversammlung** findet am **Mittwoch, den 18. Mai 1921, vorm. 11½ Uhr** im **„Haus der Landwirte“** zu Halle (Saale), Franckestraße 8, statt, zu der wir unsere sämtlichen Mitglieder hierdurch gemäß § 31 der Satzungen einladen.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Geschäftsberichts für das Jahr 1920.
2. Bericht über die stattgefundene Revision.
3. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr.
4. Verteilung von Gewinn und Verlust.
5. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates für die Geschäftsführung im Jahre 1920.
6. Wahlen:
   a) Neu- bezw. Wiederwahl von Vorstandsmitgliedern. Es scheiden satzungsgemäß aus die Herren Rittergutsbesitzer Fr. Otto, Passendorf, Gutsbesitzer Franz Walther, Kleinkugel, Domänenrat R. Menzel, Halle;
   b) Neu- bezw. Wiederwahl von Aufsichtsratsmitgliedern. Es scheiden satzungsgemäß aus die Herren Oekonomierat G. Weiche, Raunitz, Gutsbesitzer W. Bedau, Fienstedt.
7. Beschlußfassung über Erweiterung des Geschäftsbetriebes durch Aufnahme des Lebensversicherungs-Risikos bei Schweinen.
8. Berichterstattung über den Geschäftsgang im laufenden Jahre.
9. Sonstiges.

Die Bilanz für das Geschäftsjahr 1920 liegt gemäß § 46 der Satzung in unseren Geschäftsräumen, Göbenstr. 7, vom 10. Mai an zur Einsicht der Genossen aus.

Halle a. S., den 7. Mai 1921.

Landwirtschaftliche Viehversicherung
eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
zu Halle (Saale).

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates.
G. Weiche, Oekonomierat.

Der Vorstand.
Becher. Fr. Otto.

Deutsches Reichs-Bezugsquellen-Register

für Industrie, Handel und Export

Nur lieferungfähige Firmen können aufgenommen werden! Preis des 400 Seiten starken Quartbandes Mark 25.—.

Aufnahmeformulare durch **Industrie-Katalog Verlags-G.m.b.H., Stuttgart.**

Vermögensbilanz am 31. Dez. 192[0]

Aktiva.

Kasse-Konto	M	132[…]
Hengste-Konto	"	387[…]
Inventar-Konto	"	2[…]
Genossenschaftsbank-Anteile-Konto	"	400[…]
" Konto-Korrent-Kto.	"	24 2[…]
Summe der Aktiva	M	33 45[…]

Passiva:

Geschäftsguthaben-Konto			
a) verbleibender Mitgl.	M 22 800.—		
b) rückständiger	" 290.—	M	225[…]
Reservefonds-Konto		"	39[…]
Staatsdarlehn-Konto		"	4[…]
Gewinn- und Verlust-Konto		"	2[…]
Summe der Passiva		M	33 4[…]

Mitgliederbewegung:

	Zahl der Mitglied.	Betrag der Geschäftsguthaben	Betr. d. Haftsumme
Stand am Anfang des Geschäftsjahres 1920	33	750 M	2[…]
Zugang im Laufe des Geschäftsjahres 1920	1	22 050 M	[illegible]
Abgang im Laufe des Geschäftsjahres 1920	—	— M	—
Stand am Ende des Geschäftsjahres 1920	34	22 800 M	800

Schafstädt, den 25. April 1921.

Hengsthaltungsgenossenschaft Schafstädt
eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Oskar Heinrich. O. Weidlich. C. [...]ohn. P. Seumich.

Vorstehende Bilanz habe ich geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Uebereinstimmung befunden.

W. Schäffer,
Revisor beim Verband landw. Genossenschaften.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192105102-17/fragment/page=0004
DFG

Die Arbeiterbewegung und die deutschnationale Volkspartei

Vortrag des Abgeordneten Mitthof.

Halle, 9. Mai.

Für den Arbeitersekretär **Rüffer**, der sich für gestern abend angemeldet hatte, aber am Erscheinen verhindert war, hatte sich der Abgeordnete **Mitthof** bereitwilligst zur Verfügung gestellt, um im **Mozartsaal** vor einer zahlreich anwesenden Zuhörerschaft über „**Die Arbeiterbewegung und die Deutschnationale Volkspartei**" zu sprechen.

Der Redner führte etwa folgendes aus:

Wir befinden uns augenblicklich in der Schicksalsstunde des deutschen Volks, in der es gerade ganz besonders auf die innere Einheit ankommt, dazu müssen wir uns die Frage vorlegen: Wie steht die Deutschnationale Volkspartei zu unserer Arbeiterschaft? Und hier können wir mit ruhigem Gewissen gestehen, daß sie von je her redlich bemüht gewesen ist, der Arbeiterschaft in allen ihren Bestrebungen, soweit sie auf vernünftiger Grundlage beruhten, behilflich zu sein und zu fördern. Leider sind diese Bestrebungen eines großen Teils der Arbeiterschaft besonders in den letzten Jahren zum Teil von den verderblichen Ideen des sozialistischen Marxismus und des Kommunismus ergriffen worden. Marx hatte den Grundsatz seiner Anschauung aufgestellt, daß das Glück in dem größtmöglichen Reichtum bestehe, und somit wurde der Kampf, den er entfachte, zu einem rein wirtschaftlichen und materiellen, dem Kampf gegen den Kapitalismus. Hierdurch tauchte auch zum ersten Male der Gedanke auf, die Proletarier aller Lände zu vereinigen und zum Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Was das Ergebnis dieses **Internationalismus** gewesen ist, hat sich so oft genug nach der unglückseligen Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles gezeigt. Fast jedesmal, wenn die Entente neue Forderungen an unser deutsches Volk stellte, haben gewisse Teile der deutschen Arbeiterschaft Aufrufe und Hilferufe an die feindlichen „Brüder" gerichtet. Und jedesmal erwiderten diese, daß sie gar keine Ursache dazu hätten und gar nicht daran dächten.

Der Gedanke des Internationalismus ist also nur eine deutsche Ideologie.

Dem gegenüber steht nun der **christlich-nationale** Gedanke, welcher in einer idealistischen Weltanschauung begründet liegt. Sie erstrebt die Solidarität aller Stände und Berufe auf einer eigenen festen, christlich-nationalen Grundlage. Dabei finden die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Wünsche der Arbeiterschaft vollste Berücksichtigung. Vor allem muß der deutsche Arbeiter aber erst wieder einmal sehen, daß ihm kein fremder, kein ausländischer Mensch hilft, sondern daß er allein auf sich selbst und die Fähigkeit des eigenen Volkes angewiesen ist. Das deutsche Volk, in dessen Reihen sich in der letzten Zeit leider so manche Abtrennungs- und Zersplitterungsbestrebung bemerkbar gemacht, muß sich wieder zu einer einzigen festen **Volksgemeinschaft** zusammenschließen. Das ist der Wille der christlich-nationalen Arbeiterschaft, und eben dieselben Ideen sind es, die die Deutschnationale Volkspartei übernommen hat:

Christentum, Solidarität aller Stände und Berufe, Volksgemeinschaft.

Leider gilt die **Deutschnationale** Volkspartei vielfach noch als die alte **konservative** Partei, trotzdem sie es in Wirklichkeit nicht mehr ganz ist. So gestand kürzlich ein sozialistischer Abgeordneter, es ginge ihm allmählich „ein Licht auf, daß die Deutschnationale Volkspartei etwas anderes wäre als die konservative Partei, mit neuen Ideen und neuen Männern". Wir sind aber nicht auf das Zeugnis eines Sozialisten angewiesen. [illegible], die vielfach aus-[illegible] sind, verführt wird und immer tiefer in das Unglück gestürzt wird. Er kommt auch so langsam aus der Verblendung wieder zu sich und sieht ein, daß die Deutschnationale Volkspartei eine wirklich soziale Partei ist, die allein für Ruhe, Ordnung, Wiederaufbau und Wohlergehen ist. Ein unantastbares Zeugnis hierfür ist, daß am 20. Februar mindestens

800 000 Arbeiter in Preußen ihre Stimme für die Deutschnationale Volkspartei

abgegeben haben. Diese Tatsache muß unfehlbar ihre Gründe haben, die in der Anerkennung sittlicher, wirtschaftlicher und nationaler Interessen der Arbeiterschaft zu suchen sind. Die Notwendigkeit der Tarifverträge und des Arbeiterschutzes werden von unserer Partei als vollkommen berechtigt anerkannt. Die Arbeiterschaft muß durch geistiges und seelisches Interesse am Produktionsprozeß befriedigt werden. Daß dies durch die Sozialisierung erreicht werden kann, ist unmöglich. Dafür ist aber ein anderer Ausweg geschaffen, der auf der

Verteilung von Kleinaktien an die Arbeiter

beruht. Hierdurch wird das Interesse an der Produktion bedeutend gesteigert.

Was hat nun die Deutschnationale Volkspartei bisher für das Wohl der Arbeiterschaft getan? Als eine Partei, die nicht in der Regierung selbst ist, konnte sie sich zwar nicht ganz in dem gewünschten Maße betätigen. Dennoch hat sie sich aber durch Anträge und auf sonstige Weise dafür eingesetzt. Eine der brennendsten Fragen ist die des **Wohnungs- und Siedlungswesens**, für die sich unsere Partei besonders verwandt hat. Am **widerspenstigsten** gegen die Errichtung von Heimstätten und Gartenkolonien in der Nähe der Großstädte hat sich besonders die **sozialistische** Partei gezeigt; und warum dies? Sie wußte genau, daß, wenn der deutsche Arbeiter sein eigenes Heim auf eigener Scholle hat, er damit den Kneipen, den Brutstätten des Sozialismus, entzogen werden würde. Die Sozialisten sahen auch in der Teuerung der Baumaterialien ein gesuchtes Hindernis, um der Kolonisation entgegenzuarbeiten. Daß die Teuerung kein Hindernis ist, hat Hauptmann **Schmude** und so mancher anderer bewiesen, die mit eisernem Willen und aufopfernder Arbeit und Pflichterfüllung große Arbeiterheimstätten-Kolonien erbaut haben. Während die Deutschnationale Volkspartei, besonders mit D. **Mumm** und vielen anderen, ständig an dieser sozialen Aufgabe gearbeitet und alle Kräfte dafür eingesetzt hat, kann dies von der bisherigen sozialistischen Regierung nicht behauptet werden. Das beweist eine der unsinnigsten und unheilvollsten Schöpfungen der sozialistischen Mißwirtschaft, die **Arbeitslosenunterstützung**. Die Arbeitslosenfrage ist zwar eine brennende Frage unserer Zeit; aber sie hat von den Sozialisten bisher nur eine Behandlung nach der finanziellen Seite gefunden. Unendliche Summen Geldes sind hinausgeworfen worden für die Arbeitslosen, ohne daß dafür irgendeine produktive Gegenleistung getan wurde. Die Folge dieser Bezahlung nichtgeleisteter Arbeit konnte erklärlicherweise nicht ausbleiben. So mancher machte sich diese günstige Gelegenheit zunutze, um auf möglichst bequeme und angenehme Weise, nämlich durch

systematische Faulenzerei,

zu Geld zu verdienen. Die Arbeitslosenfrage hätte sich aber nach der wirtschaftlichen Seite hin sehr gut in produktiver Weise lösen lassen. Wie vieles Moor- und Oedland liegt in unserem lieben Vaterlande brach, das durch eine Urbarmachung durch die vielen Arbeitslosen unserer Landwirtschaft und damit unserer Volksernährung hätte dienen können. Statt dessen haben die Sozialisten **sogenannte Notstandsarbeiten** verrichten lassen, bei denen von einem produktiven Nutzen meist nicht die Rede sein konnte. Das lag besonders daran, daß jedes Ministerium für sich arbeitete. Auch hier in der Arbeitslosenfürsorge muß nun endlich eine Vereinheitlichung eintreten. Und gerade die Deutschnationale Volkspartei ist es gewesen, die sich hier im Interesse der Arbeiterschaft und des Vaterlandes praktisch betätigte.

Aber nicht nur innerpolitische Fragen beschäftigen uns hier. Wenn wir die Führer der Unabhängigen und der Kommunisten ansehen, so finden wir unter ihnen

meistens Ausländer, die einen großen Teil der deutschen Arbeiterschaft verblenden

durch eitele Hoffnungen und Versprechungen. Diese Ausländer, die absolut kein Interesse am Wohle des deutschen Arbeiters haben und haben können, treiben ihre Anhänger dazu, jegliche Forderung unserer Feinde, so unendlich groß und undurchführbar diese auch sind, zu unterzeichnen. Die sozialistischen Parteien haben die Feinde Deutschlands sogar dazu aufgemuntert, noch mehr zu fordern. (Zuruf: **Erzberger**.) Es braucht nur an „**Erzberger**" erinnert zu werden. — Als außerpolitische Frage ist in letzter Zeit besonders das Schicksal Oberschlesiens in den Vordergrund getreten, das mit dem Treiben der Entente in enger Verbindung steht. Am 2. Mai brach dort der polnische Aufstand aus, weil man hoffte, daß an demselben Tage der Einmarsch der Ententetruppen in das Ruhrgebiet erfolgen würde. Die Kommunisten haben den Polen bei dem Aufstand in die Hände gearbeitet. In dieser ernsten Zeit der Not bringen es sogar preußische kommunistische Abgeordnete fertig, anzufragen, ob die deutsche Regierung etwa Polizeitruppen nach Oberschlesien geschickt hätte. Diese traurigen Zustände, daß ein deutsches Land, das mit dem Stimmzettel sich für Deutschland entschieden hat, von fremden Elementen terrorisiert wird, sind nur die Folgen jenes sogenannten Friedensvertrages. So wie damals nachgegeben wurde, so hat unsere Regierung immer und immer wieder nachgegeben. Die Folge davon ist aber nur, daß der deutsche Arbeiter immer tiefer ins Unglück sinkt und von fremden Nationen versklavt wird. Um diesem Unglück ein Ende zu machen, steht die Deutschnationale Volkspartei auf dem Standpunkt, daß endlich einmal ein fester Wille durch das deutsche Volk gehen muß und ein entschiedenes Nein auf die feindlichen Forderungen entgegnet wird.

Eine Ursache unseres Unglücks ist besonders die leider wenigen

bekannte Lüge von der deutschen Schuld am Kriege.

Die jetzige deutsche Regierung hat es bisher nicht für notwendig erachtet, diese Lüge vor aller Welt, in erster Linie aber vor dem eigenen Volke aufzuklären. Gerade der Versailler Friedensvertrag ist eine Folge dieser Entstellung geschichtlicher und politischer Tatsachen, denn er baut direkt auf der unwahren Behauptung auf, daß Deutschland den Krieg begonnen habe. Warum zögert aber die Regierung noch immer, die Schuldfrage zu klären? Wenn das geschieht, dann ist die Revolution von 1918 hinfällig und mithin der ganze Sozialismus. Dann werden den Arbeitern die Augen aufgehen, wie sie in den letzten Kriegsjahren belogen worden sind. Daß wir vom Ausland keine Hilfe erwarten können, sondern nur von uns selbst, das haben wir erst wieder kürzlich gesehen an der schmählichen, bedingungslosen Unterwerfung unter den Schiedsspruch des Amerikaners Harding. Nicht Zersplitterung und Klassenkampf, sondern Volksgemeinschaft muß die Losung der Stunde sein. Ein Fehler der jetzigen Regierung ist es auch, daß sie nicht fragt, wo [illegible] der tüchtigste und standhafteste Mann, sondern welche Partei [illegible] Demokratie und des [illegible], die 1918 bei uns ihren Einzug gehalten haben. In immer weiteren Kreisen unseres Volkes und auch unserer Arbeiterschaft macht sich das Bedürfnis nach dem starken Mann bemerkbar, der uns aus dieser Wirrnis herausführen soll und wird. Ein neuer Geist muß erst wieder durch unser Volk gehen, der Geist, der aus dem christlichen Glauben und der Sittlichkeit hervorgehen wird. Erst dann sind wir eines starken Mannes würdig. Nicht aber durch Putsche und neue Revolution soll dieser neue Geist kommen, sondern durch Entwicklung, durch innere Ueberzeugung. Dann werden wir durch den Volkswillen zu einem **neuen deutschen, sozialen Volkskaisertum** kommen. Wer der Bestattung unserer dahingeschiedenen Landesmutter beigewohnt hat, bei der deutsche Volksgenossen jedes Standes und Berufes teilgenommen und in tiefem Mitgefühl bittere Tränen vergossen haben, der ist unweigerlich zu der festen Ueberzeugung gekommen, daß wir dem Geiste einer neuen Zeit entgegengehen. Die Stunde des Volkskaisertums ist nahe, und wenn sich der große Teil unserer Arbeiter von dem verderblichen Gedanken des Internationalismus und des Kommunismus losgelöst haben wird, dann wird unser Volk wieder wirklich frei werden und unter der alten Fahne schwarz-weiß-rot wird unser Vaterland von neuem erstehen mit der Losung: **Christentum, Deutschtum, Kaisertum!** (Langandauernder Beifall.) In der nun folgenden sehr lebhaften Aussprache ergriffen Vertreter der nationalen Gewerkschaften und auch ein Vertreter der freien Gewerkschaft das Wort. Letzterer versuchte in längerer Ausführung die Worte des Vortragenden zu widerlegen. Da die Zeit inzwischen weit vorgerückt war, konnte der Vortragende in seinem Schlußwort nur kurz auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen eingehen und sie, soweit als nötig war, widerlegen. □

Personalveränderungen im Bezirke des Oberbergamts in Halle a. Saale

In den Ruhestand trat der Wirkliche Geheime Oberbergrat Berghauptmann Dr. **Scharf** in Halle (Saale), an dessen Stelle wurde der Geheime Oberbergrat **Bennhold** in Berlin zum Berghauptmann in Halle ernannt, er ist zunächst aus dem Staatsdienste beurlaubt worden.

In den Ruhestand traten ferner der Rechnungsrevisor, Rechnungsrat **Lange** und der Oberbergamtskassenrendant, Rechnungsrat **Schwank** bei dem Oberbergamte in Halle, der Bergobersekretär, Rechnungsrat **Schwietzer**, der Bauwerkmeister **Weichard**, der Fabrikmeister **Obermeier** und der Materialienaufseher **Vogel** bei der Berginspektion in **Staßfurt**, sowie der Salinenbetriebskassenrendant, Rechnungsrat **Biehle** und der Hafenmeister **Peters** bei dem Salzamte in Schönebeck (Elbe).

Der Bergassessor **John** wurde der Bergwerksverwaltung in Palmnicken überwiesen, der in der Bergabteilung des Ministeriums für Handel und Gewerbe beschäftigte Bergassessor **Schreiber** wurde daselbst zum Bergrat ernannt, der Bergassessor **Hasemann** wurde der geologischen Landesanstalt in Berlin und der Regierungsassessor a. D. Dr. **Herr** in Wetzlar dem Oberbergamt in Halle zugeteilt.

Die Bergreferendare **von Reinbrecht, Staute** und **Moritz** sind zu **Bergassessoren** ernannt worden, der Bergreferendar **Hohmann** ist aus dem Staatsdienste ausgeschieden.

Der Bergsekretär **Sand** vom Bergrevier **Ost-Halle** ist an das Bergrevier **Goslar**, der Bergsekretär **Will** vom Oberbergamte in **Halle** an das Bergrevier **Ost-Halle**, der Bergsekretär **Hoffmann** vom Salzamte in **Schönebeck** (Elbe) an das Oberbergamt in **Halle** und der Kanzleiassistent **Stolte** vom Steinkohlenbergwerke **König** (Saarbrücken) an das Oberbergamt in **Halle** versetzt worden.

Der Kanzleisekretär **Schweinefleisch** bei der Berginspektion in **Staßfurt** ist gestorben.

Der Rentenempfänger ehemaliger überzähliger Vizefeldwebel **Sowislo** ist beim Oberbergamte in **Halle** als Amtsgehilfe angestellt worden.

Schwurgericht

In der Sitzung am 9. Mai hatten sich drei Papitzer zu verantworten: Lackierer **Paul Wille** wegen schweren Diebstahls, versuchten Raubes und versuchten Totschlags, die Bergarbeiter **Hermann** und **Paul Poetsch** wegen schweren Diebstahls. Wille stand schon in der vorigen Schwurgerichtsperiode vor Gericht, die Sache wurde aber damals vertagt, weil zwei Entlastungszeugen geladen werden sollten. Diese Entlastungszeugen standen nun aber als Angeklagte mit vor Gericht. Wie die Verhandlung ergab, sind die drei Angeklagten nach vorheriger Verabredung am Abend des 26. September 1920 in den Garten des Oberarztes Dr. **Schmidt** in **Altscherbitz** eingestiegen, um Pflaumen zu stehlen. Als sie nun gewahr wurden, daß die Pflaumen bereits gepflückt waren, nahmen sie Aepfel, und zwar 60—70 Pfund, aber eine bessere Sorte, von der der Zentner 120 bis 130 Mark gekostet haben dürfte. Da dem Oberarzte Dr. Schm. schon häufiger Obst gestohlen worden war, so begab er sich, wie sonst häufiger, auch an diesem Abend in den Garten um nachzusehen, und kam gerade zurecht als die drei Einbrecher in der besten Arbeit waren. Die beiden P. flüchteten, Wille wurde aber vom Arzt angehalten mit dem Rufe: „Stillgestanden, oder ich schieße!" Wille blieb auch zunächst stehen und ging dann auf Erfordern des Arztes mit, damit beim Amtsvorsteher seine Personalien festgestellt würden. Die Bitte des Wille, ihn laufen zu lassen, lehnte der Arzt ab. Als Dr. Schmidt sich einmal umwandte, ist Wille auf ihn zugesprungen, hat ihn zu Boden geworfen, sich über ihn gelegt und mit der Hand an die Kehle gefaßt. Dabei dürfte der Revolver Dr. Schmidts losgegangen sein, den Wille an sich nahm. Diesen Schuß hatte der Pfleger Meister gehört, der sich darauf in den Garten begab und dem flüchtenden Wille entgegenstellte, ohne ihn aber aufhalten zu können.

Alle drei Angeklagten gaben den Diebstahl zu. Die Anklage legte aber dem Wille noch versuchten Totschlag an dem Pfleger Meister zur Last, versuchten Raub von Dr. Schmidts Revolver, und im Laufe der Hauptverhandlung wurde auch der Anschlag auf Dr. Schmidt als versuchter Totschlag angenommen. Die Geschworenen verneinten in diesen drei Fällen die Schuldfragen, bejahten aber bei Wille die Schuldfragen des schweren Diebstahls, der körperlichen Mißhandlung, der Nötigung in zwei Fällen (Dr. Schmidt und Meister) und der Unterschlagung des Revolvers. Das Gericht verhängte hierfür eine Gefängnisstrafe **von einem Jahre sechs Monaten**, ab sechs Monate der Untersuchungshaft, und erkannte auch auf Einziehung des Revolvers. Die beiden **Poetsch** sind nur an dem Diebstahl beteiligt gewesen, die Geschworenen nahmen hier nur Mundraub an, worauf das Verfahren gegen die Poetsch eingestellt werden mußte, weil ein Strafantrag deswegen nicht gestellt worden war.

— **Aus der Aerztekammer.** Die **Aerztekammer der Provinz Sachsen** faßte in ihrer letzten Sitzung einmütig folgende Entschließung zum **Schutz des keimenden Lebens**: „Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz des keimenden Lebens (§§ 218 und 219 RStGB.) müssen im Interesse der Bevölkerungspolitik in vollem Umfange aufrecht erhalten werden, jede Abschwächung der Schutzbestimmungen ist auf das schärfste abzulehnen." In derselben Sitzung wurde auch nachfolgende Entschließung einstimmig gefaßt: „Die Anwendung psychischer Heilmethoden gehört ausschließlich in die Hände der Aerzte, eine Ueberweisung an Nichtärzte ist unzulässig."

— **Kriegerdankbund und Kriegerkrüppelheim.** Heimgekehrte Krieger gründeten im Sommer den **Kriegerdankbund**. Ein ungewöhnlicher Gedanke. Nicht Politik wollten sie treiben und keine Vereinsmeierei. Nur das Danken wollten sie nicht vergessen für das Erleben Gottes in schwerster Zeit. Der Dank soll Tat werden. Klein begann der Bund. Rasch ist er gewachsen. Hin und her im ganzen Lande bildeten sich Ortsgruppen. Immer neue werden gegründet. Ein Weckruf zum Kampf um die heiligsten Güter unseres Volkes will der Bund sein, ein Stoßtrupp gegen Entsittlichung und Entchristlichung. Sammeln will er, ein Bindeglied werden in der religiösen und kirchlichen Zersplitterung unserer Tage. Seine Kampfmittel sind Wort und Schrift, Volksmission und Evangelisation und die Tat der Liebe im Kampf gegen die Not und das Elend unter den Kameraden. Auf sozialem Gebiet hat der Bund energisch die Fürsorge in Angriff genommen für **Kriegskrüppel, Kriegsblinde** und sonstige **Kriegsbeschädigte** und **erholungsbedürftige Kameraden** und auch für **Kriegswitwen** und **-Waisen**. Die Not auf diesem Gebiet ist unermeßlich, die staatliche Fürsorge reicht nicht aus und kann nicht ausreichen bei den trostlosen Verhältnissen unserer Tage. Der Kriegerdankbund gedenkt ein **Krieger-Krüppelheim** einzurichten. Den Aermsten unter den Kameraden gilt das tiefste Mitleid, die wärmste Liebe: den ganz zu Krüppeln Geschlagenen, auf fremde Hilfe angewiesenen, die dem rücksichtslosen Interessenkampfe der Gegenwart in keiner Weise mehr gewachsen sind. Ihnen wollen wir eine Heimat geben, ein Heim schenken, in dem hell und warm die Sonne scheint, Gottes- und Heilandsliebe zu ihren Herzen redet. Eifrig ist schon gearbeitet worden, diesem Ziel entgegen. Viele Gaben der Liebe sind schon zusammengetragen von in- und ausländischen Freunden, aber sehr viele fehlen noch. Wer will mithelfen, seine Dankesschulden abzutragen? Haben nicht jene Aermsten im Kampf um unsere Heimat, unser Heim ihre beste Lebenshoffnung eingebüßt? Wollen wir nicht beides ihnen wiederschenken? Sind wir nicht auch in aller Armut noch reich gegen sie? Darum helft, daß ihre Not ein wenig gelindert wird. Gaben für das **Krieger-Krüppelheim** und die sonstige Bundesarbeit nehmen entgegen die **Geschäftsstelle** des Bundes: **Berlin** SW. 11, Bernburgerstraße 34. (Postscheckkonto Nr. 49 550). — Die Werbetätigkeit des Bundes ist vom Staatskommissar für Kriegswohlfahrtspflege durch Verfg. v. 29. Dez. 1920 K. W. 1528/20 gestattet worden.

— **Der Schlichtungsausschuß der Provinz Sachsen und Anhalt** trat am letzten Sonnabend hier zusammen. Es wurde u. a. über den **Entwurf einer neuen Schlichtungsordnung** beraten. Während in Fällen von Einzelstreitigkeiten bisher der Schlichtungsausschuß zuständig war, erscheint eine Ueberweisung an die künftigen **Arbeitsgerichte** als zweckmäßig. Prof. Dr. **Joerges** wurde zum Leiter einer neugegründeten **Vereinigung der Vorsitzenden** der Schlichtungsausschüsse in der Provinz Sachsen und Anhalts gewählt. Der neu geschaffene Verband setzt sich aus den Regierungsbezirken **Magdeburg, Erfurt** und **Merseburg** zusammen.

— **Herr Kasparek** wurde am Sonnabend nachmittag nach **Nordhausen** überführt, wo seine Aburteilung vor dem dortigen Sondergericht erfolgen wird.

— **Bankfeiertag am Pfingstsonnabend.** Am kommenden Sonnabend halten die meisten Halleschen Banken nach Uebereinkunft keine Dienststunden ab.

— **Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband** veranstaltet am Mittwoch, den 11. ds. Mts., abends 8 Uhr im Stadtschützenhaus, Franckestraße 1, eine **öffentliche Versammlung**, in welcher über die Absicht mancher Arbeitgeberkreise, die Gehälter abzubauen, gesprochen werden soll. Herr Hermann **Miltzow** aus Leipzig spricht über das Thema „Unseres Volkes Not und unseres Standes Not. — Eine Warnung an die Arbeitgeber".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192105102-17/fragment/page=0005

— **25jähriges Geschäftsjubiläum.** Am 6. Mai konnte die Ehefrau des Dachdeckers Ernst Naumann, die Beesenerstraße 77 ein Milchgeschäft betreibt, auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Ihr wurden zahlreiche Ehrungen und Geschenke zuteil.

— **Verein ehem. Ulanen Halle a. S. u. Umg.** In der letzten Monatsversammlung wurde auf das Regimentsfest ehem. 17. Ulanen am 4. 5. und 6. Juni d. Js. in Oschatz hingewiesen. Ehem. 17. Ulanen — auch solche, die dem Verein nicht angehören —, die sich an der Feier beteiligen wollen, können sich bis zum 20. d. M. bei dem stellv. Vorsitzenden des Vereins, Bürovorsteher Otto Sennewald, Hafenstraße 42, melden.

— **Kinderhilfe.** Die Volkssammlung Deutsche Kinderhilfe hat bereits mit Zuwendungen an die Stellen, die sich mit der Kinderfürsorge befassen, begonnen. So hat die Kinderheilstätte Herzogin Maria bei Oranienbaum aus den dem Provinzialausschusse der Volkssammlung zugeflossenen Geldern eine Beihülfe von 10 000 Mark, und von der Spende der deutschen Schokoladenfabrikanten 100 Kilogramm gezuckertes Schokoladenpulver zugewiesen erhalten.

— **Weizengrieß.** Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in der nächsten Woche zum Verkauf gelangenden Weizengrieß vom 12. bis 14. Mai 1921 abzuholen.

— **Der Verkauf von Käse** erfolgt von Mittwoch, den 11. Mai, an in nachstehenden Geschäften: Molkerei Niemberg, Lindenstraße 52, Molkerei Niemberg, Beesenerstraße 1, Molkerei Niemberg, Rannischestraße 22, Molkerei Niemberg, Martinstraße 11, Chr. Hinsche, Gr. Gosenstraße 21, Otto Petschke, Wielandstraße 30. Auf die Marke 597 des Warenbezugsscheines Nr. 33 werden für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm zum Preise von 1,15 Mark abgegeben.

— **Freibank-Verkauf.** Zum Freibankverkauf am 11. Mai 1921 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 101—200, um 9 Uhr 201—300, um 10 Uhr 301—400.

*

— **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr gelangt „Alt-Heidelberg" zur Aufführung. Mittwoch abends 7½ Uhr geht die Oper „Madame Butterfly" (Die kleine Frau Schmetterling) von Puccini in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Hilde Voß (Butterfly), Anna Enghardt (Suzuki), Gertrand Walsch (Kate Pinkerton), Carlaugust Neumann (Sharpleß), in Vertretung der erkrankten Mitglieder Fritz Schneider und Eugen Albert singt Fritz Windgassen vom Staatstheater in Kassel, die Partien des Pinkerton und Walter Elschner von den Städtischen Theatern in Leipzig die Partie des Goro. Cornelius Barck (Onkel Bonze), Wilhelm Hackel (Yamadori), Kurt Schreiber (Kommissär). Spielleitung August Rößler, musikalische Leitung: Felix Wolfes. Für Donnerstag ist Shakespeares „Othello" in Vorbereitung, am Freitag wird die Oper „Salome" wiederholt. Sonnabend „Wenn Liebe erwacht", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Rotkäppchen", Sonntag abend „Madame Butterfly", Montag nachmittag Volksvorstellung „Menagerie", Montag abend „Lohengrin".

— **Freie Volksbühne Halle.** Herr Adalbert Kriwat hat zur Wahrnehmung des Geschworenenamtes einen vierzehntägigen Urlaub angetreten. Aus diesem Grunde trat Herr Krahé in der Rolle des Flamm in der „Rose Bernd" an seine Stelle.

— **Mai-Andacht in der Pauluskirche.** Eine liturgische Mai-Andacht mit Wechselgesang, Chorgesang, Lichtern und Blumen findet Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr in der Pauluskirche statt.

— **Max Reger-Feier im Dom.** Auf das Reger-Konzert des Domchors, das Mittwoch, den 11. Mai, — am 5. Todestag des Meisters — abends acht Uhr unter Mitwirkung namhafter auswärtiger Kräfte bei volkstümlichen Eintrittspreisen stattfindet, sei nochmals hingewiesen. Karten bei H. Hothan, Gr. Ulrichstraße 38 und an der Abendkasse.

— **Der Opern-, Schauspiel- und Operettenabend in Kostümen** im Heydrich-Konservatorium findet am Dienstag abend ½8 Uhr im Theatersaal im Konservatorium, Güchenstraße 20, statt.

Vereins-Nachrichten

— **Verein ehem. Angehöriger der Sächsischen Armee.** Monatsversammlung am Donnerstag, den 12. Mai 1921, abends 8¼ Uhr in Bauers Brauerei-Ausschank, Rathausstraße 9, Hoflinks 1 Treppe. — Zum Fahnenreigen sind die Kinder umgehend bei Kamerad Tomaschk, Forsterstraße 37, anzumelden.

— **Hallescher Schwimmverein von 1902 e. V.** Mittwoch abend 6 Uhr findet eine Jugendversammlung in unserem Sportbade, Weingärten 31, statt. Donnerstag abend 8 Uhr Monatsversammlung im kleinen Saal des „St. Nikolaus". Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

— **Lehrerverein.** Dienstag, 15. Mai, 8 Uhr Versammlung im Reform-Realgymnasium. Vortrag: Ein Sprachbuch für Halle (Rektor Lohoff).

Wassermühle

mit 250 Morg. Landwirtschaft, Tagesleistung 2 Tonnen, schön belegen an der Strecke Halle—Cottbus, verkäuflich für 900 000 M bei 450 000 M Anzahlung.

Wassermühle

mit ca. 70 Morg. Landwirtschaft, Tagesleistung 3 Tonnen, neues mod. Mahlwerk, ständige Wasserkraft, eigene elektr. Lichtanlage, überreichl. tot. Inv., 3 Pferde, 4 Kühe, 6 Schweine, Federvieh, belegen zwischen Erfurt—Gotha. Forderung ca. 400 000 M, Anz. 250 000 M

Bei Kaufabschluß ist 1 Proz. Provision zu zahlen. Ernstl. Selbstreflektanten erhalten gegen Einsendung von 2 M Auslagen genauere Angaben übersandt.

Mitteldeutsche Güterzentrale,
Halle a. S., Kl. Ulrichstraße 18a.
Haltestelle Promenade. — Fernruf 2488.
Abends 8 bis morgens 7 Fernr. 4007.

Bekanntmachung.

Der Maurermeister und Tiefbauunternehmer Otto Katzsche in Halle beabsichtigt sein am ehemaligen Steintorbahnhof in Halle gelegenes Grundstück mit einer Anschlußgleisanlage zu versehen, die vom Hauptgleis der Staatsbahn abgezweigt werden soll. Der Plan liegt von Donnerstag, den 12. Mai, bis einschließlich Mittwoch, den 25. Mai 1921, während der Dienststunden im Polizeiverwaltungsgebäude, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 101, zu jedermanns Einsicht aus. Während der Offenlegungsfrist kann jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan entweder bei der Polizeiverwaltung schriftlich oder bei der genannten Dienststelle zu Protokoll erheben.

Halle, den 7. Mai 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Von Dienstag, den 17. Mai d. Js. werden die

Werktagsfrühzüge verlegt.

Alles Nähere ist auf den Stationen zu erfahren bezw. aus den zum Aushang kommenden Fahrplänen zu ersehen.

Halle, den 9. Mai 1921.

Halle—Hettstedter Eisenbahn.

Wratzke & Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Stellen-Angebote

Stiller oder tätiger
Teilhaber
für Tierexportgeschäft nach Nord- und Südamerika mit 50—60 Mille gesucht.
Hochrentables Unternehmen. Offerten unt. Z. 5190 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Frankenhausen (Kyffh.).
Geb. jg. Mädchen
zur Erlernung des Haushalts sofort gesucht. Monatlich 75.— Mark Kostgeld.
Pension Jacob.

Stellen-Gesuche

Suche in Landwirtschaft, Industrie oder Großhandlung
Beschäftigung m. schriftl. Arbeiten usw.
und Wohnung, wo ich meine sämtlichen Möbel mit placieren kann. Gefl. Angebote erbittet
Gust. Reichenbach,
Glebitzsch b. Roitzsch.

Merino-Fleischschaf-Stammschäferei
Herrensteinfeld
bei Schwerin, Post Warnitz i. Meckl., Bahnstation Friedrichsthal
(Strecke Schwerin--Rehna). Telephon Warnitz Nr. 2.

Der Verkauf von
etwa 100 Jährlingsböcken,
grösstenteils hornlos,
findet Freitag, d. 20. Mai 1921, vorm. 11½ Uhr statt.

Die Böcke zeichnen sich durch starke Figur und hervorragende Wolle besonders aus.
Besichtigung der Herde gern gestattet.
Wagen stehen am Auktionstage am Schweriner und am Friedrichsthaler Bahnhof zur freien Verfügung nach Herrensteinfeld.

G. Berger, Herrensteinfeld.
Zuchtleiter: Joh. Heyne, Leipzig.

Stellen-Angebote

1500 Personen
z. Adressenschreiben sofort gesucht. Schönschrift nicht erforderlich. Entfernung gleich. Kein Wiederverkauf! Bis 45 Mk. u. mehr täglicher Verdienst für jeden, bereits erzielt und nachweisbar. Eilangebote unt. Beifügung von 5 Mk. fürs Material. Bei voller Stellenbesetzung Geld zurück. A. Arnold, Falkenberg, O.-S. 8, Langestraße Nr. 77. Postscheckkonto 27663 Breslau.

Landwirtschaftliches
Rechnungsbüro
sucht per sofort od. später
jungen Mann
mit guter Handschrift als
Lehrling
einzustellen.
Bücherrevisor Fischer, Ballenstedt a. H., Neue Straße 23.

Stellen-Gesuche

Suche sofort Stell. als
Stubenmädchen,
Kinderfrl. od. Anfängerin auf gr. Gute. Bin 16½ J., ges. u. kräftig, arbeitsw., kann schneidern u. in der Hausw. erf. Mittelschulbild. Off. an Postbetr.-Ass. Kosmiel, Halle a. S., Büschdorferstr. 3. Tel. 1550

Miet-Gesuche

Unverh. Arzt sucht
möbl. Wohn- u. Schlafzimmer.
Angebote mit Preis an
Dr. Albrecht, Poststraße 14.

Kaufgesuche

Güter jeder Größe
zur Aufteil. von gr. Bank ges. Näher. d. Hellenschmidt, Güterdirektor, Naugard i. Pomm.

Kleines Gut,
bis 500 Morg., auch ohne leb. Inv., sof. zu kaufen gesucht. Off. u. B. N. A. 6136 an Ala, Berlin W. 35.

Dishley-Merino-Fleischschaf-Stammschäferei
Domäne Lichtenberg
(Braunschweig)
Post- und Bahnstation: Lichtenberg in Braunschweig.

Der freihändige Verkauf von
30 Ia. Jährlingsböcken
beginnt am
12. Mai, 12 Uhr mittags.
Bei Mehrbewerb tritt Versteigerung ein.
Zuchtziel: Schwere Körperformen mit viel und feiner Wolle.
Auf Wunsch Abholung von Station Baddeckenstedt (Goslar—Hildesheim) oder Station Broistedt (Braunschweig-Hildesheim).
— Besichtigung der Herde jederzeit gern gestattet. —
J. Wrede.

Verkäufe

Gutes dauerhaftes Gummiband für Strumpfbänder kauft man bei H. Schnee Nachfolger, Gr. Steinstr. 84.

Möbel.
Küchen-Einrichtung, alle Farb., gr. Auswahl,
Schlafzimmer v. 3000 M. an,
engl. Bettst. 310 M.,
Pat.- u. Aufl.-Matr. à 190 Mk.,
Waschkommod., Nachtschrch., Kleiderschränke neu, zu verkaufen,
Letsch, Henriettenstraße 13 r.,
Halle, hinter d. Breitestr. Kein Laden.

Meyers Konvers.-Lexikon, 6. r. ill. Aufl., wie neu, 20 eleg. Halbfranzbde., oben Goldschnitt, Ladenpr. ca. 2000 M, mit eleg. Regal gegen Meistgebot zu verkaufen. Buchdruckerei Eckartsberga.

1 schweres Arbeitspferd, von 2 die Wahl, wegen Nachzucht zu verkaufen.
Teutschenthal, Hallesche Straße 30.

Auktion landwirtschaftlicher Maschinen
Freitag, den 13. Mai, vormittags 11 Uhr in Groitzsch b. Teicha bei Herrn Gutsbesitzer Stephan freiwillig für Rechnung, wen es angeht, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung:
1 Breitdreschmaschine (Marke Lanz) mit Selbsteinleger,
1 Stiftendreschmaschine (Lanz, fahrbar),
1 Drillmaschine, 1 Zimmerm.-Hebelhackmaschine, 1 Getreidemäher, 2 Schlepp-harken, 1 Militärwagen, 1 Wendeberg-pflug, Krümmer, Pflüge, Kartoffel-Igel, -Häufler, 3 teil. Holzschlichtwalzen usw.
Die Gegenstände sind gebraucht aber gut erhalten.
Der Besitzer.

Lämmer-Verkauf
Donnerstag, den 12. Mai, von 8 Uhr ab stückweise.
Rittergut Haus Mücheln.
Post: Wettin a. S. Telephon 15.

Fr. Zwickert, Halle,
Fernspr. 2921 Delitzscherstr. 9 Fernspr. 2921

empfiehlt wieder in großer Auswahl belgische, dänische und Holsteiner
Pferde.

Schaf-Verkauf

Ca. 70 Stück Merzschafe,
Merino, zur Weiterzucht geeignet,
ca. 20 Stück Jährlingszibben,
2 ältere Böcke
3 Jährlingsböcke
(Strohwalder Nachzucht)
stehen preiswert zum Verkauf. Abnahme nach Vereinbarung.
Domänen-Verwaltung Pretzsch, Elbe.

1000 Merino-Fleisch-Zuchtschafe,
200 Zeitschafe und Jährlinge,
400 diesjährige Lämmer,
6 Böcke
sind wegen Aufgabe der Pachtung durch mich zu verkaufen.
M. Schwanz, Landwirt,
Stralsund (Pommern), Bahnhofstraße 4a.

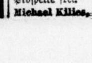
70 Hammellämmer,
Fleischmerino
gibt ab
Walter Handt, Oberfarnstedt

Wildverkauf.

Oberförsterei Ziegelroda, Post und Station Roßleben a. U., hat das Wild, welches vom 16. Mai 1921 bis 28. Februar 1922 erlegt wird, an den Meistbietenden zu vergeben.

Wildabnahmestelle ist das Oberförstereigehöft Ziegelroda. Jedesmalige Benachrichtigung zu Käufers Lasten. Kautionsstellung vorbehalten. Es werden geliefert, ohne an bestimmte Zeit gebunden zu sein, bis höchstens 15 Stück Rehwild, 18 Stück Rotwild, bis 60 Hasen.

Preisangebote sind je Kilogr. für Reh- und Rotwild getrennt, für Hasen je Stück in geschlossenem Brief mit der Aufschrift „Wild-Angebot" bis 16. Mai der Oberförsterei einzureichen. Die Eröffnung der Angebote erfolgt am 17. Mai, 10 Uhr im Geschäftszimmer in Gegenwart erschienener Bieter.



Neu! Einfachste Erdschaufel, mit u. ohne Räder, für ein Zugtier, leistet jede Erdplanierung. Billig! Prospekte frei.
Michael Kilies, Luckenwalde.

Trag. Schimmel u. br. Wallach zu verkaufen.
Freiimfelderstr.